:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 23.2.2011 0 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Demonstrationen und Blockaden in Dresden 2012 möglich

Sowohl am Montag, 13. Februar 2012, als auch Samstag, 18. Februar 2012, waren in diesem Jahr ungehinderte Versammlungen und Blockaden in Dresden möglich. Dies ist erst vor dem Hintergrund der letzten Jahre, insbesondere der Ereignisse im letzten Jahr, eine besondere Erfahrung.

Im Herbst letzten Jahres haben wir vom Komitee für Grundrechte und Demokratie eine Untersuchungskommission initiiert, um die Vorgänge um den 19. Februar 2011 aufzuklären und demokratisch-menschenrechtlich zu bewerten. Den Bericht haben wir Anfang Februar d. J. veröffentlicht. Das zentrale Ergebnis ist, dass die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Dresden 2011 nicht geachtet wurden (www.grundrechtkomitee.de). Auch deswegen haben wir dieses Jahr die Demonstrationen am 13. und 18. Februar beobachtet.

Am Montag konnten wir dabei sehen, dass endlich das Grundrecht auch in Dresden geachtet wurde. Das erste Mal konnte der „Täterspaziergang" stattfinden. Bürger und Bürgerinnen blockierten später Straßen und Kreuzungen, um NPD und Kameradschaften an ihrem angekündigten Fackelmarsch zu hindern. Die Polizei hatte endlich gelernt, dass auch solche Versammlungen unter dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stehen. Meistens hielt sie sich zurück. Aber wir würden auch hier bemängeln, dass Pfefferspray keine zulässige Waffe im Kontext von Versammlungen ist und dass noch immer unnötig viel videografiert wurde. Gleichzeitig konnte auch die NPD in beschränktem Maße ihr Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen.

Der Samstag war geprägt von einer großen „Demonstration gegen sächsische Verhältnisse". Das breite Bündnis „Dresden-Nazifrei", an dem auch viele Gruppen aus der Antifa beteiligt sind, konnte die Erfahrung machen, dass sie auch in Dresden ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen dürfen. Sie konnten an den Orten demonstrieren, die für die vielfältigen Verletzungen ihrer Grundrechte stehen. Das breite Bündnis sorgte für einen guten Verlauf. Aber auch die Polizei hielt sich zurück, ging auf Provokationen nicht ein und nutzte diesmal nicht jede Gelegenheit, gegen die Demonstration vorzugehen.

Es geht also ganz anders als bisher. Zu hoffen ist, dass der Lernerfolg nicht nur kurzfristig ist!

Die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind fundamentale Grundrechte in einer repräsentativen Demokratie, sie sind sozusagen die Luftröhre der Demokratie. Das hat das Bundesverfassungsgericht seit seinem sogenannten Brokdorfbeschluss 1985 immer wieder herausgestellt.

Dieses Grundwissen war leider in Dresden bisher nicht bekannt. Im letzten Jahr hat der sächsische Staat in Dresden deutlich gemacht, dass er Grundrechte mit Füßen tritt.

Die Erfahrung von diesem Jahr stellt einen großen Erfolg dar, den die erstritten haben, die so unermüdlich das Recht in die eigenen Hände nehmen und auf die Straße gehen.

Allerdings wissen wir auch, dass die strafrechtlichen Verfahren aus den letzten Jahren weitergehen werden und noch viel zu tun bleibt, um dieses immer gefährdete Grundrecht immer wieder neu zu verteidigen. Für Dresden und für die Bundesrepublik, in der diese Auseinandersetzungen Woche für Woche in irgendeiner Stadt stattfinden, ist diese Dresdener Woche ein riesiger Erfolg.

In der Freude über diese Erfolge dürfen wir jedoch nicht übersehen, dass wir die Meinungen, für die NPD und Kameradschaften auf die Straße gehen, nicht nur auf der Straße bekämpfen können. Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Militarismus sind Ideen, die weit in der Mitte dieser Gesellschaft verankert sind. Eine Politik, die Flüchtende an den EU-Außengrenzen abwehrt und ertrinken lässt, die AusländerInnen und vor allem Muslime unter generellen Verdacht stellt und die selber wieder Krieg führen lässt und sich an Bombardierungen anderer Städte beteiligt gilt es in den Blick zu nehmen.

Der Kampf gegen eine Politik, die solche Haltungen schürt und immer wieder Grundrechte verletzt, wird noch viel Engagement und Kreativität fordern.

gez. Elke Steven, Corinna Genschel, Komitee für Grundrechte und Demokratie ■

Aus dem Inhalt:



„Spontane“ Nazi-Aufmärsche

Spontaner Naziaufmarsch in Fürth – Spontaner Protest

Heute (18.2.2012) Mittag sind schätzungsweise 90-100 Neonazis durch Fürth marschiert. Die Neonazis, darunter bekannte Gesichter aus Nürnberg und München, gröhlten menschenverachtende Parolen, die jedoch durch den teils lautstarken Protest der Gegendemonstranten übertönt wurde. Laut dem Twitter-Account der Nasen demonstrieren sie gegen „die rechtswidrige Blockadepraxis in Dresden“.

Bereits kurze Zeit nach Start der Demo protestierte eine Gruppe von ca. 30 Personen gegen den Aufmarsch, leider konnte er aber nicht effektiv gestört bzw. blockiert werden.

Einige der Neonazis, die zum Großteil autonom bzw. vermummt auftraten, gingen aggressiv gegen Antifaschist*innen vor, die sich ihnen in den Weg stellen wollten. Leider wurde dabei in der Friedrichstraße eine Antifaschistin durch einen Faustschlag eines vermummten Neonazis leicht verletzt, die Polizei weigerte sich jedoch, eine Anzeige wegen Körperverletzung aufzunehmen.

Trotz der geringen Mobilisierungszeit konnte den Nazis gezeigt werden, dass Fürth nicht ihre Stadt ist!



Gera: Gegendemos stören Nazis

Am Ende waren es mehr als erwartet. Bis zu 100 Menschen kamen heute zu einer Kundgebung gegen den kurzfristigen Aufmarsch von Neonazis in Gera. Diese wollten – wie am vergangenen Montag – ursprünglich durch Dresden laufen, wo sich allerdings 10 000 Menschen an Gegenaktionen beteiligten. Mit dabei zwei Busse aus Gera. Daraufhin versuchten die Neonazis ihr Glück anderenorts. In Worms, Fürth und Gera brachten sie allerdings nur Kleinaufmärsche auf die Straße, die dazu noch von Daheimgebliebenen gestört wurden.

In der ostthüringischen Stadt wollten sich die Protestierenden den Neonazis entgegenstellen. Die Polizei stoppte die Menschen wenige Meter vor dem Aufmarsch. Im Coloradio Dresden hieß es am Abend in der Zusammenfassung eines Antifaschisten: „Die engagierten GegendemonstrantInnen waren offensiv, was sehr erfreulich ist“ und ein wichtiges Zeichen gegen die 125-150 Neonazis darstelle. Diese verkürzten ihren Aufmarsch letztendlich auf ein Viertel der eigentlichen Route.

Die zuvor vermutete neue Strategie der Neonaziszene, in andern Städten Ersatzveranstaltungen für den heute ausgefallenen Aufmarsch in Sachsen zu initiieren, blieb augenscheinlich hinter deren Erwartungen zurück. Während tausende AntifaschistInnen in Dresden demonstrierten, kamen bundesweit weniger als 400 Neonazis zusammen. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass am Montag weiterhin über 2000 von ihnen durch Dresden ziehen wollten, auch wenn Blockaden dies zum Großteil verhinderten.

Ebenso bleibt es nach diesem Tag notwendig, den Neonazis in Gera entgegenzutreten, da diese zuletzt immer öfter in der Stadt aufmarschieren. Die selbstbewusste Anti-Nazi-Kundgebung stimmt positiv, dass die lokalen Gruppen und Bündnisse dies gemeinsam in die Hand nehmen.

Kapitalismuskritische & alltagspolitische Plattform gerainfo.noblogs.org – [AAG]

Naziaufmarsch in Worms erfolgreich sabotiert!

Am Samstag, den 18.02 mobilisierten Nazis der NPD, des „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ und aus deren Umfeld zu einer Ersatzveranstaltung für den verhinderten Aufmarsch in Dresden. Sie wollten einem angeblichen alliierten „Bombenholocaust“ im Zweiten Weltkrieg gedenken, damit die Geschichte verfälschen und den Nationalsozialismus verharmlosen. Dem Aufmarsch der Nazis stellten sich ca. 400 Menschen entgegen.

Eine Kundgebung des „Bündnis gegen Naziaufmärsche“ endete leider schon weit vor Beginn der angemeldeten Nazidemonstration. Entgegen den Aussagen dort, man wolle sich den Nazis entgegenstellen, verließen die meisten der Teilnehmer_innen den Bahnhofsvorplatz bereits gegen 12:00 Uhr. Entschlossene Antifaschist_innen konnten den Aufmarsch der Nazis erheblich stören und so einen frühen Abbruch erzwingen. Mit zwei Spontandemonstrationen setzten sie zudem ein deutliches Zeichen gegen Geschichtsrevisionismus, Rassismus, Faschismus und Antisemitismus.

Antifaschistische Kundgebung in Mannheim

Bereits am frühen Morgen um 9:00 Uhr startete der Tag für ca. 60 Antifaschist_innen in Mannheim. Bei einer Kundgebung am Hauptbahnhof, die als Treffpunkt für die Anreise nach Worms diente, wurden in Redebeiträgen die Aufmärsche von Dresden und Worms thematisiert. Es sprachen Vertreter_innen von AK Antifa Mannheim, Antifajugend Ludwigshafen/Mannheim, Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim, dem Kreisverband der Grünen und der Landtagsabgeordnete Wolfgang Raufelder.

Naziaufmarsch blockiert!

In Worms organisierte die Grüne Jugend am Eingang zur Fußgängerzone eine Suppenküche, die sich bei den herrschenden Temperaturen großer Beliebtheit erfreute. Dieser Ort konnte so auch den Tag über als Anlaufpunkt für Antifaschist_innen dienen.

Etwa 200 Menschen konnten auf der Westseite der Bahngleise mehrere Blockaden aufstellen. Es gab spontane Demonstrationen, aus einigen Straßen stiegen kleine Rauchsäulen auf. Als die Nazis dann ihre Kundgebung abhalten wollten, läutete eine engagierte Pfarrerin die Glocken ihrer Kirche direkt neben der Naziroute. Die „Schweigeminute“ der Nazis ging im Glockengeläut unter. Die wütenden Faschisten brachen darauf hin offenbar ihre Veran-

Fortsetzung Seite 4



Rückgabe gefordert

BERLIN. Ein im Januar gegründeter „Eigentümerbund Ost e.V." will auf juristischem Wege „eine Rückgabe des von Polen und Tschechien nach dem Zweiten Weltkrieg geraubten Eigentums von Privatpersonen" erreichen, so die Pressemitteilung des Vereins. Mit Hilfe von „namhaften Rechtsanwälten und Völkerrechtlern" wolle man „juristische Lücken im internationalen Recht ausfindig gemacht" haben und nun den Rechtsweg einschlagen, der von „einem Investor finanziell abgesichert" sei. Außerdem kündigt der Verein die Verteilung von Flugblättern in Polen an. In „millionenfacher Auflage" wolle man ab Mai „über die polnischen Verbrechen an deutschen Zivilisten" und „die polnischen Verstöße gegen das Völkerrecht" aufklären. Parallel dazu seien öffentliche Kundgebungen geplant. Erste Stationen seien Zgorzelec, Szczecin, Wroclaw und Opole. Die „deutsche Minderheit" in Polen solle dabei „aktiv eingebunden werden". Präsident des „Eigentümerbund Ost e.V." ist Lars Seidensticker. Er ist Funktionär der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Deutschland" um Manfred Rouhs, einem ehemaligen Aktivisten der „Jungen National-demokraten". Zufälligerweise firmiert der neue Verein unter der gleichen Anschrift wie der Berliner Ableger der „Pro"-Bewegung. *hma* ■

„Geldkongress" in Köthen

KÖTHEN. Anhänger des Sozialdarwinisten Silvio Gesell laden vom 10. bis zum 16. März zu einer Kongresswoche nach Köthen ein. Angesprochen sind neben Anhängern der „Freiwirtschafts"-Bewegung auch Akteure von Regiogeld-Initiativen, Tauschringen und Gruppen, die sich für das bedingungslose Grundeinkommen einsetzen. Unter den über 40 Referenten finden sich zahlreiche Akteure der „Freiwirtschafts"-Bewegung. Schirmherr des Kongresses ist der Oberbürgermeister der Stadt. *hma* ■

IGFM tagt in Cottbus

COTTBUS/FRANKFURT AM MAIN. Die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) will am 14. und 15. April ihr 40-jähriges Bestehen im „Männergefängnis Cottbus" feiern. Der Verein musste sich gerade von seinem Gründungsvater verabschieden. Im Alter von 87 Jahren verstarb jüngst Iwan Iwanowitsch Agrusow. Dem langjährigen Geschäftsführer der IGFM war 1979 in einem Beitrag in der Moskauer Zeitung „Iswestija" vorgeworfen worden, „in der Hitlergendarmerie gedient" und dem NTS („Bund russischer Solidaristen") angehört zu haben. Der NTS ist eine Gründung jener „weißen Emigranten", die nach der Oktoberrevolution 1917 die Sowjetunion verlassen hatten. Seine Blütezeit hatte er nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941. Der NTS kollaborierte mit den Nazis, und NTS-Mitglieder hatten einen maßgeblichen Anteil an der Ausplünderung der von der Wehrmacht besetzten sowjetischen Gebiete und an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung. 1986 war Agrusow verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für eine IGFM-Anzeige in der „FAZ", die unter der Überschrift „Südafrika-Boykott – NEIN" erschien und sich gegen Boykottaktionen gegen das rassistische Apartheid-Regime richtete. *hma* ■

Befragung zu Hindenburg

MÜNSTER. In Münster hat eine repräsentative Befragung von über 5000 Bürgerinnen und Bürgern zu einer möglichen Umbenennung des Hindenburgplatzes begonnen. Auf Grundlage des Ergebnisses der Befragung will der Rat der Stadt am 21.März über eine Umbenennung entscheiden. Jede Generation dürfe entscheiden, nach wem sie eine Straße benenne, so Oberbürgermeister Markus Lewe. Hindenburg gehöre nicht dazu.

hma ■

Deutsche Anti-Nazi-Broschüre ärgert Geert Wilders

BERLIN/DEN HAAG. Eine kurze Broschüre der deutschen Amadeu Antonio-Stiftung sorgt derzeit für Aufregung bei der niederländischen Partei PVV und ihrem Anführer Geert Wilders. In der Publikation, die junge Internetbenutzer über Neonazi-Strategien in sozialen Netzwerken informieren will, taucht Wilders' Name zweimal im Zusammenhang mit islamfeindlichen Facebook-Auftritten auf. Wilders zufolge wird damit unterstellt, dass seine Ideen den Nährboden für deutsche Neonazis bilden. Er fordert nun deshalb, dass die niederländische Regierung den deutschen Botschafter vorlädt, damit dieser zu den „skandalösen Behauptungen" bezüglich der PVV in der Broschüre Stellung nimmt.

Geert Wilders' Name wird in diesem Leitfaden zweimal genannt. Das eine Mal im Zusammenhang mit der Facebook-Ankündigung eines so genannten Internationalen Islamisierungskongresses in Berlin: „Auch rechtspopulistische Parteien versuchen die Sozialen Netzwerke zu nutzen, um für ihre Veranstaltungen zu werben. […] „Die Freiheit" bewarb eine Veranstaltung mit Geert Wilders." Zur Illustration wurde die Veranstaltungsankündigung, die mit einem Portraitbild des niederländischen Politikers warb, eingefügt. Das zweite Mal wird Wilders' Name im Kontext des weit verbreiteten Usus, dem eigenen Profilbild einen Button anzuheften, genannt: „Islamfeind/innen nutzen in den Sozialen Netzwerke gerne Buttons auf ihren Profilbildern, um ihre Überzeugungen auf den ersten Blick mit aller Welt zu teilen. So sind Buttons mit dem – unter anderem von Geert Wilders verwendeten – Logo einer durchgestrichenen Moschee verbreitet."

Alles in allem also ein Sturm im Wasserglas? Während sich die niederländischen Tageszeitungen hauptsächlich auf eine nüchterne Berichterstattung beschränkten, machte die niederländische Twitter-Gemeinde sehr deutlich, was sie von Wilders' jüngster Aktion hält: „Austeilen kann er, aber einstecken nicht." „Da steht, dass Du als Sprecher aufgetreten bist vor Neonazis, die Dein Gedankengut teilen. Stimmt doch?!" „Hey, was glaubst Du, was all die Kammerfragen kosten? Meinungsfreiheit gilt auch in anderen Ländern."

Bei der Amadeu Antonio Stiftung reagierte man unterdessen gelassen auf Geert Wilders Äußerungen. Die Vorsitzende des Vorstandes der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, erläuterte gegenüber NiederlandeNet, dass es sich bei den Inhalten der benannten Broschüre nicht um skandalöse Unterstellungen gegenüber des PVV-Gedankenguts handele. Jedoch sei festzustellen, dass rechtsextremistische Gruppen sich immer häufiger in einschlägigen Internetforen auf die islamfeindlichen Bestandteile der Politik Wilders' bezögen. Diese Entwicklung könne laut Kahane als besorgniserregend bezeichnet werden.

Quelle: No Nazi Net ■

Weg mit dem „Thor Steinar-Shop" in Friedrichshain!

Demo, 25.2.2012, 14Uhr, Warschauer Straße/Revaler Straße

Seit nunmehr drei Jahren hat sich die Modemarke „Thor Steinar" in der Petersburger Straße 94 am Frankfurter Tor eingenistet. So wie es aussieht, darf die Betreiberfirma Skytec noch bis 31.1.2015 die bei Neonazis beliebte Marke an diesem Standort verkaufen. Mit dieser unbefriedigenden Einigung endeten im September 2011 die juristischen Bemühungen des Vermieters vor dem Landgericht.

Fortsetzung Seite 5





staltung ab, begannen Rangeleien und scheiterten, so dass sie unverrichteter Dinge den Heimweg antreten mussten.

Das Scheitern der Nazis

In Dresden fand an diesem Samstag kein Naziaufmarsch statt. Der ehemals größte Naziaufmarsch Europas konnte durch antifaschistische Blockaden 2010 und 2011 gestoppt werden und fiel in diesem Jahr aus. Auch wir hatten die letzten Jahre nach Dresden mobilisiert und sehen dies als großen antifaschistischen Erfolg. Die Nazis waren in diesem Jahr nicht in der Lage, alternative Veranstaltungen auf die Beine zu stellen. Heute gab es offenbar nur einen verkürzten Aufmarsch in Gera, in Worms wurde er durch Blockaden gestoppt.

Die Teilnehmer_innen des Naziaufmarsches in Worms reisten vor allem aus den Regionen Vorderpfalz/Ludwigshafen, Südhessen/Biblis und Rheinhessen/Alzey an. Die Veranstaltung war vom „Aktionsbüro Rhein-Neckar" um deren Chef Matthias Herrmann organisiert worden, eine Organisation, die sich mit der NPD eng überschneidet. Nach ihrem Scheitern versuchten sie in Ludwigshafen eine Ersatzveranstaltung für die Ersatzveranstaltung zu machen. Auch hierbei taten sich insbesondere Kader des „Aktionsbüro Rhein-Neckar" hervor. Auch hier scheiterten sie... ■

Dresden: Nazi-Aufmarsch erfolgreich geblockt



14.02.2012: Schon bevor rund 13 000 Menschen am frühen Abend in der Altstadt die 3,6 Kilometer langen Menschenkette bildeten, um ein „Zeichen für Mut, Respekt und Toleranz" zu setzen, wurde schon die Kreuzung Ammonstraße/Ecke Freiberger Straße in Dresden durch zahlreiche Demonstranten blockiert. Damit sollte den Neonazis, die am Abend einen Fackelmarsch durch die Dresdner Innenstadt veranstalten wollten, der Weg abgeschnitten werden. Unterstützt wurde das Bündnis ‚Dresden Nazifrei' auch von Teilnehmern aus Berlin, die mit 7 Bussen angereist waren, unter ihnen auch viele Gewerkschafter. Die ver.di-Jugend Berlin war mit einem Lautsprecherwagen dabei.

Seit 14 Jahren wollen die Neofaschisten den 13. Februar 1945, den Tag der Bombardierung und Zerstörung Dresdens, für ihre Zwecke zu nutzen. Dresden wurde Ende der 90er Jahre zum Treff der europäischen Neonaziszene. Aber seit Jahren gibt es entschiedenen Widerstand.

Erstmals hatte die Stadt am Nachmittag auch einen „Mahngang Täterspuren" erlaubt, veranstaltet vom Bündnis ‚Dresden Nazifrei'. An dem Mahngang, der an insgesamt zehn Stationen auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt hinwies, beteiligten sich bis zu 2500 Menschen.

Nach der Menschenkette wurde eine weitere Blockade am Sternplatz errichtet. Die Polizei hatte zwar Wasserwerfer aufgefahren, machte in diesem Jahr aber keine Versuche, die Blockaden zu verhindern. So konnten die etwa 1500 angereisten Neonazis, unter ihnen auch der NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel, nur auf einer deutlich verkürzten Route um den Bahnhof marschieren.

Die Stimmung an den Blockadepunkten war trotz Kälte fröhlich, teilweise ausgelassen. Das Dresdner Bündnis versorgte die Teilnehmer mit heißem Tee und Suppe. Viele rosa Luftballons mit der Aufschrift ‚Dresden stellt sich quer' stiegen in den Himmel auf. Viele Transparente, darunter auch viele DKP-Fahnen.

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP, die an der Blockade teilgenommen hat, zog eine positive Bilanz, verwies aber auch darauf, dass TeilnehmerInnen der Blockaden von 2010 und 2011 bis zum heutigen Tag durch die sächsische Justiz verfolgt werden. Der Bundestag hat erst vor wenigen Tagen deshalb den Abgeordneten der Linkspartei Caren Lay und Michael Leutert die Immunität entzogen. Millionen von Handy-Daten wurden rechtswidrig am 19. Februar 2011 in Dresden erfasst.

Damals hatte es am Abend noch ein ‚Nachspiel' gegeben. Ein Einsatzkommando des LKA Dresden überfiel und verwüstete ein Bürogebäude, in dem sich die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. in Dresden und auch Räume des Bündnisses ‚Nazifrei! Dresden stellt sich quer' befinden, wegen des „Verdachts auf die Organisation einer Straftat und Landfriedensbruch".

Nun heißt es auch am Sonnabend, am 18. Februar in Dresden noch einmal zu zeigen: Aller guten Dinge sind drei! Die kommen nicht durch!

Die Web-Seite des Bündnisses Dresden-Nazifrei war in den letzten Stunden vorübergehend nicht erreichbar. Dort heisst es:

Demonstration und Blockaden? – Wir sind für den 18. Februar vorbereitet

Da eine Mobilisierung der Nazis nach Dresden am Wochenende nach bisherigen Erkenntnissen nicht stattfindet, rufen wir zu einer lautstarken Demonstration, die sich gegen Repression und Kriminalisierung antifaschistischen Engagements, aber auch gegen jeden Geschichtsrevisionismus wendet, auf. Diese wird 11 Uhr am Hauptbahnhof starten und quer durch die Stadt bis zum Haus der Begegnung führen, dass am 19. Februar 2011 im Nachgang der erfolgreichen Blockaden rabiat und illegal gestürmt wurde. Kommt nach Dresden um gemeinsam mit uns die sächsichen Verhältnisse zu kritisieren.

Nachtrag aus dem vvn-Newsletter

Unser Bundesvorsitzender Heiner Fink hatte gestern, am Abend des 13. Februar 2012, in Dresden eine etwas unerfreuliche Begegnung mit der Dresdener Polizei. Nach dem Ende der Proteste wurde er von Dresdener Polizisten auf der Straße angehalten, um seine Personalien zu kontollieren.

Er stehe im Verdacht, im vergangenen Jahr im Februar bei den antifaschistischen Protesten in Dresden „Straftaten" begangen zu haben – Tatwaffe VVN-BdA-Fahne. Man suche nach einem älteren Herren mit unserer Fahne und glaube ihn auf Fahndungsfotos erkannt zu haben. Zuvor war Heiner Fink mit der Kamera eines Wasserwerfers gefilmt worden, natürlich mit unserer Fahne. Damit steht nach dem Geschäftsführer der Berliner VVN-BdA ein zweites Mitglied unseres Verbandes im Visier der sächsischen Ermittlungsbehörden. Und es steht zu befürchten, dass nach wie vor gegen zahlreiche weitere Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in Dresden waren, ermittelt wird.

Unsere Antwort heißt Solidarität – wir lassen uns nicht einschüchtern und kriminalisieren! Wir werden am 18. Februar erst recht mit vielen, vielen VVN-BdA-Fahnen in Dresden gegen Neonazis, Opfermythen und sächsische Verhältnisse demonstrieren! ■

Mit dem Wissen uns zu wiederholen, wollen wir den Jahrestag der Eröffnung auch 2012 dazu nutzen auf die Gefahren einzugehen, die von Neonazis, rechtem Lifestyle und „Thor Steinar“ als Marke ausgehen. Ein Wegducken und Verharmlosen von Neonazis ist mit uns nicht zu machen!

Lassen wir weiterhin nicht zu, dass „Thor Steinar“ und die Neonazis ungestört bleiben. Unsere Antwort auf die rassistischen Morde muss gesellschaftliche Solidarität heißen! „Thor Steinar“-Läden schließen!

„6-Jahre Initiative gegen Rechts“-Party im Supamolly, Jessnerstr. 41, mit: LaZies, Incredible Herrengedeck, DJ Dr. Kimble

http://www.initiative-gegen-rechts.de ■

Flagge zeigen: Erklärung des DGB-Bundesvorstands

Der DGB-Bundesvorstand hat im Dezember die Resolution „Flagge zeigen gegen Nazi-Terror“ beschlossen. Darin fordert der DGB mit Blick auf die Zwickauer Terrorzelle „eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Mordserie sowie aller Fahndungspannen“.

Und der DGB mahnt angesichts der rechtsextremen Gefahr: „Das Relativieren und Verdrängen muss ein Ende haben. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“

Zu den gesellschaftlichen Hintergründen rechtsextremer und rassistischer Ideologie heißt es in der Erklärung: „Egoismus, Ellenbogenmentalität, Gier und Profitdenken haben das gesellschaftliche Klima vergiftet. Der Rechtsextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern nutzen soziale Ungerechtigkeiten für ihre rassistischen Ziele, indem sie eine Ethnisierung sozialer Probleme betreiben.“ Konkret fordert der DGB u.a. ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt, Februar 2012“ 13.02.2012 ■



Guerillataktik von rechts

Neonazis setzen auf viele kleinere Aufmärsche anstatt auf große Aufzüge. Immer häufiger gewaltsame Aktionen.

Erfolgreiche antifaschistische Blockaden großer Naziaufmärsche wie in Dresden und Dortmund haben in der rechten Szene offenbar zu einem Kurswechsel geführt.

Das zeigen die von der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Linksfraktion im Bundestag veröffentlichten Zahlen rechtsextremer Aufmärsche im Jahr 2011. Die Zahl der Teilnehmer solcher Aufmärsche ging demnach im vergangenen Jahr auf 21 900 gegenüber 26 200 im Jahr davor zurück. Dagegen stieg die Zahl der neofaschistischen Demonstrationen insgesamt um 69 Prozent auf 142 Aufmärsche deutlich an. Allein im letzten Quartal 2011 waren es 18 Aufmärsche mit Teilnehmerzahlen zwischen 20 und 250. Ein inhaltlicher Schwerpunkt dieser Aufmärsche war unter Losungen wie „Ehre, wem Ehre gebührt – Großvater, ich bin stolz auf Dich“ die Relativierung der Nazikriegsverbrechen. Bei der Organisation der Veranstaltungen zeichnet sich eine Arbeitsteilung zwischen der NPD und den sogenannten Freien Nazikameradschaften ab, die etwa zu gleichen Teilen für die Durchführung verantwortlich zeichneten.

Deutlich wird an der Übersicht auch: Die Neofaschisten weichen vermehrt in kleinere Orte aus, in denen sie ungestört von antifaschistischer Gegenmobilisierung mit martialischen Auftritten die eigene Stärke demonstrieren wollen. Zum Umdenken in der Neonaziszene kam es insbesondere, nachdem im Februar letzten Jahres bereits das zweite Mal in Folge der größte europaweite Faschistenaufmarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens von einem breiten antifaschistischen Bündnis gestoppt werden konnte.

Damals hieß es auf dem Naziportal Altermedia: „Statt mit durchsichtigen und leicht einzuschätzenden Großaufmärschen zu scheitern, sollten wir zu einer Guerilla-ähnlichen Taktik übergehen.“

Foto: http://www.addn.me



Die rechte Szene sei unberechenbarer geworden, stellt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bernhard Witthaut fest. Die Aktionen der Neonazis, die häufig über das Internet organisiert werden, zeichneten sich inzwischen durch „weniger Teilnehmer bei den Demonstrationen und einem Anstieg der Gewalt autonomer Nationalisten“ aus. Es sei erschreckend, wie Neonazis mitunter regelrecht in eine Kleinstadt einfallen.

Deutlich zeigt sich diese neue Taktik der Rechten gerade an nicht angemeldeten und klandestin vorbereiteten Fackelzügen von Neonazis, die zum Beispiel unter dem Namen „Die Unterblichen“ vermummt mit weißen Masken und schwarzen Umzügen zu nächtlicher Stunde in Kleinstädten gegen einen angeblich drohenden „Volkstod“ aufmarschieren. Mindestens 18 solcher anschließend im Internet dokumentierten Aufmärsche, deren Schwerpunt in Sachsen liegt, fanden seit Anfang letzten Jahres statt.

Zuletzt marschierten am Freitag 20 maskierte Neonazis mit Fackeln durch das Potsdamer Neubaugebiet Waldstadt. Initiator dieser Aktionsform, die bereits zum zweiten Mal in dem Stadtteil stattfand, ist offenbar das Südbrandenburger Kameradschaftsnetz „Spreelichter“ mit seiner gleichnamigen Website. Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) hat den Aufzug verurteilt. „Aktionen dieser Art treffen nicht nur einen bestimmten Stadtteil, sondern das demokratische Herz der ganzen Stadt“, so Jakobs.

Dass die Neofaschisten über ihre Aktionsformen nachgedacht haben, zeigt sich auch an den bevorstehenden Aufmärschen in Dresden anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten 1945.

Nachdem die Aufmärsche der Rechten zunächst jahrelang anwuchsen und weitgehend ungestört abliefen, wurden sie in den vergangenen beiden Jahren durch friedliche Massenblockaden gestoppt. In diesem Jahr haben die Rechten ihren geplanten Großaufzug am 18. Februar zunächst abgesagt, was noch nichts heißen muss. Dafür läuft eine stärkere Mobilisierung für den 13. Februar. Antifaschistische Gruppen und Bündnisse halten an ihrer Mobilisierung fest. Sowohl am 13. als auch am 18. Februar werden die Neonazis mit massenhaften Protest und Blockaden zu rechnen haben.

weitere Infos: http://www.dresden-nazifrei.com/

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de Mi., 08.02.2012 ■

Keinen Tag länger das „braune Haus“!

Mehrere antifaschistische Gruppen aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen rufen für den 24. März 2012 zur Demo gegen das Nazizentrum des „Aktionsbüro Mittelrhein“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler auf.

Die neonazistische Kameradschaft „Aktionsbüro Mittelrhein“ ist im Hinterland zwischen Bonn und Koblenz aktiv. In Bad Neuenahr-Ahrweiler verfügen sie derzeit über ein angemietetes Haus in der Weinbergstraße 17, das als Zentrum dient. Sie haben sich seit mehreren Jahren in der Region festgesetzt und marschieren regelmäßig in verschiedenen Städten in der Region auf. Seit 2009 versuchen sie in Remagen einen jährlichen Aufmarsch zu etablieren.

Rheinwiesen in Remagen

Auch im letzten Jahr organisierte das Aktionsbüro Mittelrhein wieder einen „Trauermarsch“ in Remagen. Anlass der jährlichen Aufmärsche sind die so genannten Rheinwiesenlager, in denen 1945 Wehrmachtssoldaten durch die Alliierten festgesetzt wurden. Hier wird bewusst versucht, deutschen Täter_innen als Opfer darzustellen und behauptet, in den „Rheinwiesenlagern“ wären mehr als eine Million deutscher Soldaten umgebracht worden. Diese Geschichtsverdrehung und die Zelebrierung eines Opfermythos fallen in der gesellschaftlichen Mitte oft auf fruchtbaren Boden. Das Leugnen deutscher Schuld wird durch das Erzeugen eines deutschen Opfermythos einfacher. Die Vorstellung, dass Deutsche lange genug die Täter_innen waren, und auch mal an angebliche Kriegsverbrechen der alliierten Befreier_innen gedacht werden sollte, ist teilweise gesellschaftsfähig geworden. So besteht auch in Remagen die Gefahr, dass sich bürgerliches Gedenken mit neonazistischer Ideologie vermischt, eine kritische Geschichtsbetrachtung ausbleibt und so das Problem nur auf Neonazis reduziert wird.



Das Haus in der Weinbergstraße 17

Seit Anfang 2010 haben die Nazis des ABM dieses Wohnhaus angemietet. Es dient vor allem als Zentrum ihrer Aktivitäten undt als Anlaufstelle. Es finden Treffen und Partys statt wie etwa am 30.7.2011, als dort unter dem Motto „Hawaii Party“ ein Konzert mit mehreren Nazibands stattfand; oder am Silvesterabend 2011/12, als Neonazis des Aktionsbüro Mittelrhein zu einer Party unter dem Motto „2 Jahre Braunes Haus Bad-Neunahr – Jetzt knallts richtig“ einluden. Die Buchstaben „NSU“ wurden dabei farblich hervorgehoben und somit ein klarer Bezug zur Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hergestellt. … Die Neonazis aus dem Umfeld des Hauses treten gewalttätig auf, immer wieder kommt es zu Übergriffen. Auch in Remagen, wo einige der Bewohner studieren, treten sie offen auf und kandidieren zu Wahlen an der Hochschule …

Die Situation vor Ort

Das ABM ist vor allem im Ahrkreis, besonders in Bad Neuenahr-Ahrweiler, aktiv. Hier kommt es regelmäßig zu Einschüchterungsversuchen und körperlichen Übergriffen gegenüber Menschen, die als politische Gegner_innen wahrgenommen werden. So wurde im Dezember 2010 das Auto eines AStA-Referenten beschmiert, der sich gegen die Kandidatur von ABM-Nazis an der FH Remagen engagierte. Nach einer Party im „braunen Haus“ im März 2011 wurde das Haus eines Antifaschisten von mehreren Neonazis mit Flaschen und Steinen beworfen.



Dass den Nazis dabei Widerstand entgegenkommt, ist kaum festzustellen. Bis heute konnten die Nazis des Aktionsbüro Mittelrhein relativ ungestört agieren, zivilgesellschaftlicher Protest formiert sich nur schwer und zögerlich bzw. konnte sich nicht in einem nötigen Umfang mobilisieren. Begleitet wird dies durch eine zweifelhafte Informationstaktik von Polizei und Verfassungsschutz. So behauptete diese jahrelang, es gäbe im Ahrkreis kein Naziproblem. Das Problem liegt für die Polizei scheinbar viel mehr bei einer örtlichen Punkszene. Dieses Verhalten der Polizei und des Verfassungsschutzes in den letzten Jahren, gerade in Rheinland Pfalz, ist so ausgeprägt, dass hier nicht von Fehlern oder Unwissenheit gesprochen werden kann. Deutlich wurde das in drastischer Art und Weise im November 2010. Am 20. November versammelten sich erneut ca. 300 Nazis in Remagen für ihren „Trauermarsch“. Dort versuchten ca. 150 Gegendemonstrant_innen den Naziaufmarsch zu stören. Eine vermeintliche Auseinandersetzung mit der Polizei führte zu massiven Repressalien gegen Antifaschist_innen. Die Neonazis konnten ungestört marschieren.

Keine Stadt, keine Straße, kein Haus den Nazis!

Nazizentren dicht machen! Zusammen in die Provinz fahren!

24. März 2012 | Bahnhof Bad Neuenahr | 13.30 Uh

Zwei weitere Tote als Opfer rechter Gewalt anerkannt

Innenministerium nähert sich langsam der Realität an

Zur nachträglichen Anerkennung zweier in Sachsen getöteter Menschen als Opfer rechter Gewalt erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE:

Der Innenminister hat mit Achmed Bachir und Patrick Thürmer zwei weitere Ermordete als Opfer rechter Gewalt eingestuft. Elf bzw. fünfzehn Jahre nach den Taten widerfährt ihnen späte Gerechtigkeit. Innenminister Ulbig nähert sich langsam und mühsam der Realität an. Die Genugtuung darüber hat einen bitteren Beigeschmack. So kann ich nur mit Unverständnis registrieren, dass bisher zu den Einstufungen die Urteile der Gerichte nicht beigezogen worden sind, sondern man sich nur auf die Einschätzung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes verlassen hat. Ich gehe davon aus, dass diese fatale Praxis künftig verändert wird.

Es bleiben weitere fünf Tote, bei denen sehr starke Indizien dafür sprechen, dass neonazistische oder rassistische Motive zu der Tat geführt haben und die das Innenministerium bisher anders beurteilt.

Ich bedauere es besonders, dass die Staatsregierung sich nicht dazu durchringen konnte, Tote aus der Reihe der ohnehin besonders Benachteiligten, der Obdachlosen, neu einzustufen. Gerade der aktuell in Leipzig verhandelte Fall um den in Oschatz ermordeten André K. zeigt, dass die Tatbeteiligung zumindest eines bekannten Neonazis mit der Abwertung sozial Randständiger als „lebensunwert" zusammenhängt. Wir werden als LINKE darum kämpfen, dass auch diese Menschen als Opfer rechter Gewalt eingestuft werden.

Zum Tathergang in den beiden Fällen (nach den Opferlisten im „Tagesspiegel"): Der 30-jährige Asylbewerber Achmed Bachir wird am 23. November 1996 in Leipzig vor einem Gemüsegeschäft erstochen. Er will deutschen Kolleginnen beistehen, die von zwei Skinheads attackiert und als „Türkenschlampen" beschimpft werden. Als der Syrer die Randalierer aus dem Laden drängt, sticht ihm der 20-jährige Daniel Z. mit einem Messer ins Herz. Trotz der von Verkäuferinnen bezeugten rassistischen Drohungen kann die Staatsanwaltschaft „keinen ausländerfeindlichen Hass" erkennen. Im November 1997 verurteilt das Landgericht Leipzig Daniel Z. wegen Mordes und schwerer Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von neuneinhalb Jahren. – Der 17-jährige Patrick Thürmer wird gemeinsam mit einem Freund in der Nacht des 3. Oktober 1999 auf dem Heimweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen) von drei Männern überfallen, die mit ihrem Auto Jagd auf Punks machen. Mit einem Axtstil und einem Billardqueue fügen sie dem schmächtigen, 1 Meter 56 großen Malerlehrling tödliche Kopfverletzungen zu. Vorausgegangen war ein Angriff von drei Dutzend Naziskins auf das Punkfestival und ein Gegenangriff von Punks auf eine Diskothek im Ort, in der sie die rechten Schläger vermuteten. Der Malerlehrling Patrick Thürmer starb „stellvertretend für jene Linken", die an dem Angriff auf die Diskothek beteiligt gewesen seien, stellt das Landgericht Chemnitz im September 2000 fest. Einen rechtsextremen Hintergrund erkennt das Gericht dennoch nicht. Der 23-jährige Haupttäter wird wegen Totschlags zu elf Jahren Haft verurteilt.

PM Kerstin Köditz ■

Rechter Anschlag auf das Aachener DGB-Haus



In der Nacht von 4. auf den 5. Februar 2012 wurden am Gewerkschaftshaus in Aachen mehrere Scheiben eingeschlagen und der Eingangsbereich mit Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. Diese Tat reiht sich ein in eine ganze Serie von Wochenendaktivitäten aus dem rechtsradikalen Umfeld. Nach dem Säure-Anschlag auf das Autonome Zentrum (AZ) am Freitag und den angekündigten Anschlägen (!) auf die Gästefans aus Sankt Pauli sowie auf die antifaschistische Demonstration am Samstag muss man den Vandalismus am DGB-Haus sehr wahrscheinlich der gleichen Tätergruppe zuschreiben.

Ralf Woelk (Vorsitzender der DGB-Region) erklärt dazu: „Wir haben es hier in Aachen und dem Umland mit einer gewachsenen rechtsradikalen Szene zu tun, die sich mit permanenten Attacken auf ihre politischen Gegner und einer außerordentlich hohen Gewaltbereitschaft auszeichnet. Ein Verbot der dazugehörigen Strukturen ist das Mindeste was hier zu geschehen hat. Allerdings ist es auch schwer nachzuvollziehen, dass den Behörden bei dieser Vielzahl an rechtsradikal motivierten Straftaten in der Vergangenheit so wenige Festnahmen gelangen. Möglicherweise verzetteln sich hier die Behörden bei unnötigen Beobachtungen von demokratischen Organisationen bzw. bei der Durchsetzung von hanebüchenen Polizeiauflagen bei antifaschistischen Demonstrationen. Es ist jetzt endlich an der Zeit, dass der braune Saustall ausgemistet wird." Die DGB Region NRW Süd-West ruft seine Mitglieder dazu auf, sich an den Veranstaltungen gegen die Aufmärsche der Rechtsextremisten zu beteiligen, die für Eschweiler (31.3.) und Stolberg (4. und 7. April) bereits angekündigt sind. Insbesondere das Mittel der friedlichen Menschenblockade betrachtet der DGB-Regionsvorsitzende als legitimes und effektives Mittel, um die Straßen sauber zu halten. „In Dresden, Jena und Köln hat man gesehen, dass es gewaltfrei und friedlich möglich ist, die braune Brut aus der Stadt zu halten, wenn sich genügend Menschen zusammen tun, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. Was in anderen Teilen der Republik selbstverständlich ist, sollte auch in der Aachener Region möglich sein, ohne von den Behörden gleich als gewaltbereiter Autonomer diskreditiert zu werden."

DGB-Region NRW Süd-West
www.region-nrw-suedwest.dgb.de ■

Embedded justice

BERLIN. NS-Opfer und Juristen warnen vor einer Wiedereinführung der Militärjustiz in Deutschland. Hintergrund ist die erklärte Absicht der Bundesregierung, einen zentralen „Gerichtsstand" für in ausländischen Kriegsgebieten eingesetzte Soldaten einzurichten. Begründet wird diese „Zuständigkeitskonzentration" mit „dienstrechtlichen Besonderheiten", die von Staatsanwälten und Richtern eine umfassende „Kenntnis der militärischen Abläufe und Strukturen" verlangten.

Die Schaffung einer „zentralen Zuständigkeit der Justiz" bei Bundeswehrstrafsachen war bereits 2009 kurz nach dem von einem deutschen Oberst befohlenen Massaker im afghanischen Kunduz durch die Regierungsparteien vereinbart worden.

Ziel des nun vorliegenden Gesetzentwurfs ist es dementsprechend, „Rechtssicherheit" für an Kriegsverbrechen beteiligte Soldaten zu schaffen, indem eine „zügige Erledigung" der Verfahren gewährleistet und die „psychische Belastung" der Täter minimiert wird.

Kritiker erinnern in diesem Zusammenhang an eine zentrale Funktion der NS-Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg: Diese habe die Aufgabe gehabt, „Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung okkupierter Länder zu legitimieren".

http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58267

Keine „Sonderregelung“ für Ghetto-Überlebende

Bundesverband bedauert Ghettorenten-Entscheidung des BSG

KÖLN. Mit Bedauern und großer Enttäuschung hat der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. die Entscheidung des 13. Senats des Bundessozialgerichts zur Kenntnis genommen, nach der es keine „Sonderregelung“ für die Ghetto-Überlebenden geben soll.

Hintergrund ist die Tatsache, dass diejenigen Überlebenden, die vor dem 30.06.2003 einen Antrag auf die Ghettorente gestellt haben, Anspruch auf eine Nachzahlung ab 1997 haben. Nun bekommen aber nur diejenigen, deren Antrag noch nicht rechtskräftig abgelehnt worden ist, tatsächlich diese Nachzahlung. Alle anderen – und das ist bei weitem die Mehrheit – deren Anträge erst aufgrund einer Überprüfung nachträglich bewilligt worden sind, bekommen die Rente nur rückwirkend ab 2005. Hier werden die Überlebenden für Fehler der Verwaltung und Rechtsprechung zur Kasse gebeten – erst wird rechtswidrig massenhaft abgelehnt, dann später doch noch bewilligt, aber nicht mehr zu den im ZRBG vorgesehenen Bedingungen. Ein Schachzug, der dem Deutschen Staat mehrere hundert Millionen Euro spart, die Überlebenden aber in den meisten Fällen um mehrere Zehntausend Euro bringt.

Noch am 26.1.2012, nur einen Tag vor dem Auschwitz-Gedenktag, haben Politiker aller Parteien im Deutschen Bundestag bekräftigt, dass es für die Überlebenden Ghetto-Arbeiter Gerechtigkeit geben müsse. Wir erwarten, dass dieser Ankündigung angesichts der Entscheidung des BSG nun auch Taten folgen.

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
www.nsberatung.de

Gerechtigkeit für Bezieher der Ghetto-Renten schaffen

BERLIN. Nach dem heutigen Urteil des Bundessozialgerichts ist es Sache des Bundestags, Gerechtigkeit in Sachen Ghetto-Renten herzustellen“, fordert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Das Gericht hat heute entschieden, dass der Rückwirkungszeitraum für die Rentenbescheide höchstens vier Jahre beträgt. Jelpke weiter:

Die Entscheidung birgt eine große Ungerechtigkeit für NS-Opfer, die in Ghettos gearbeitet hatten. Die Linksfraktion hat bereits einen Antrag ins Parlament eingebracht, der in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales beraten wird und so schnell wie möglich zur Abstimmung gebracht werden soll. Wir fordern darin die Bundesregierung auf, für die Auszahlung der Renten rückwirkend bis 1997 zu sorgen.

Das 2002 verabschiedete Gesetz hatte genau das beabsichtigt. In den ersten Jahren wurden jedoch fast alle Anträge abgelehnt. Nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts im Jahr 2009 wurden die abgelehnten Fälle erneut überprüft, mit einer Anerkennungsquote von weit über 50 Prozent. Die Rückwirkung des Rentenbescheides reicht aber nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, bis 1997, sondern nur bis 2005. Dies hat das Bundessozialgericht heute bestätigt.

Damit werden faktisch die NS-Opfer für die Unstimmigkeiten der deutschen Rechtslage verantwortlich gemacht. Das ist zutiefst unmoralisch und kann nicht im Sinne des Bundestages sein. DIE LINKE hat deshalb einen Antrag eingebracht, mit dem die ursprüngliche Intention des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto wiederhergestellt werden soll. Ich hoffe sehr darauf, dass die anderen Fraktionen hier am gleichen Strang ziehen wie DIE LINKE.“

Der Antrag kann auf meiner Website heruntergeladen werden (wird nach der BGS-Entscheidung voraussichtlich noch geändert):
http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=2219

MdB Ulla Jelpke, Fraktion DIE LINKE

Ghetto-Renten: Jetzt muss eine politische Entscheidung her

Zur zweiten Entscheidung des Bundessozialgerichts in Folge, dass NS-Opfern nur Ghetto-Renten-Zahlungen bis 2005 rückwirkend zuspricht, statt wie vom Gesetzgeber bis 1997 beschlossen, erklärt Volker Beck:

„Jetzt muss eine politische Entscheidung her. Ich bin stinksauer. Mit dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto war es der Wille des Gesetzgebers, diese rückwirkend bis 1997 zu zahlen. Ich habe mich damals für dieses Gesetz stark gemacht und fühle mich heute von der Bundesregierung und den Rentenversicherern verschaukelt. Viel zu lange wurde hier offenbar auf eine demographische Lösung gehofft und Anträge deshalb verzögert und abgelehnt. Etwa 22 000 heute noch lebenden Opfern der Nazi-Schinderei wird mit dem Verweis auf die deutsche Bürokratie eine Leistung vorenthalten, die ihnen der Bundestag vor zehn Jahren einstimmig zugestanden hat.

Die Grüne Bundestagsfraktion wird einen Antrag in den Bundestag einbringen, der die Bundesregierung auffordert, diesen Missstand umgehend zu beheben. Gesetze werden immer noch im Bundestag verabschiedet. Wenn in deutschen Verwaltungsstuben diese falsch ausgelegt werden, dürfen Überlebende aus Ghettos der Nazis nicht die Leidtragenden sein.“

PM Volker Beck MdB
www.volkerbeck.de

Gedenken an die Verschleppung und Ermordung von 37 Stolberger Roma vor 69 Jahren
Protest gegen Abschiebung von Roma heute

Samstag, den 2.3.2012
18:00 Uhr: Stolberg Hauptbahnhof, Anbringen eines Banners, das an die Ermordung von 500 000 Roma und Sinti in der Nazi-Zeit erinnert
19:00 Uhr: Gedenken u. Protest um Kulturzentrum Franktental (Gebäude von VHS u. Stadtbücherei)
Eine Veranstaltung von Gruppe Z Stolberg und VVN/BdA Aachen.

Folgende Beiträge sind geplant:

- Enthüllung eines Plakats mit Porträts der Roma-Familien, Erläuterung durch K. Lange-Rehberg, Gruppe Z
- Roma-Kinderchor aus Köln
- Ansprache des Bürgermeisters (angefragt)
- Infos zur aktuellen Abschiebungspraxis
- Lage für Roma heute in Macedonien und im Kosovo (Pjer Alievski von Romani Rota e.V. Stolberg)
- Lage für Roma heute (Iris Biesewinkel , Sozialberaterin bei Rom e.V., Köln; angefragt)
- Film: „Was mit Unku geschah. DS KURZE Leben der Erna Lauenburger.“ 30 Min.-0Film des Alternativen Jugendzentrums Dessau und der Amadeu-Antonio-Stiftung

Erna Lauenburger, genannt Unku, war die Titelheldin des Ende der 1920er Jahre in Berlin spielenden Jugendromans „Ede und Unku“ der Schriftstellerin Grete Weiskopf. Die Dokumentation verfolgt den Lebensweg von Unku und ihr nahe stehender Personen, die zu Opfern des Holocaust an den Sinti und Roma wurden.

VVN/BdA-Aachen und Gruppe Z ■

Das Recht zur Blockade von Nazi-Veranstaltungen erkämpfen

Blockaden von Nazi-Aufmärschen haben sich in den letzten Jahren häufig als eine deeskalierende und gewaltfreie Methode bewährt, Bürgerinnen und Bürgern im Kampf gegen Neonazis die Wahrnehmung des Rechts auf Widerstand zu ermöglichen. Nicht selten konnten Naziaufmärsche empfindlich ge- oder sogar verhindert werden. Umso schwerwiegender sind zwei Urteile aus 2011 zu bewerten, mit denen Gerichte in Aachen und Lüneburg das öffentliche Training von Blockaden verboten haben. Das Aachener Verwaltungsgericht beispielsweise ist der Meinung, Blockaden stellten eine „Gefährdung der Rechtsordnung und damit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dar". Diese Urteile müssen zurückgekämpft werden. Wir Aachener wollen eine Entscheidung erstreiten, die dem „Mutlangen-Urteil" entspricht und dem Bürgerrecht auf Sitzblockaden das Recht auf Blockadetrainings zur Seite stellt, zur Not auch letztinstanzlich durch das Bundesverfassungsgericht.

Im Kampf gegen Neonazis darf es keine Behinderung oder Einschränkung demokratischer Rechte geben. Dass Faschismus untrennbar mit Gewalt verbunden ist, hat nicht nur die aufgeflogene Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund NSU" bewiesen, es sind beispielsweise seit 1990 knapp 200 Morde von Nazis nachgewiesen. Staatliche Organe haben auf allen Ebenen im Kampf gegen den erstarkenden Neofaschismus versagt. Immer wieder haben deutsche Gerichte deren Aufmärsche genehmigt, selbst dann, wenn reale Bedrohungsszenarien für Teile der Bevölkerung bestanden. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes schrieben am NPD-Programm mit, der Staat pumpte Millionen Euro in diese Partei. Die deutsche Ausländerpolitik und die rigide Abschiebepraxis von AsylbewerberInnen knüpfte an die Forderungen von Neonazis an. Sozialabbau stärkte den Konkurrenzgedanken der Beschäftigten untereinander und begünstigte die Demagogie der Neonazis. Deutsche Kriegsbeteiligungen in Jugoslawien, in Afghanistan und in vielen anderen Ländern der Erde ermutigten zu alten faschistischen Eroberungsphantasien.

Angesichts des breiten Versagens des Staates ist ohne das Engagement der BürgerInnen gegen Rechts der Vormarsch der Neonazis nicht aufzuhalten. Die Verweigerung des Rechts auf Blockadetrainings entspricht einer verhängnisvollen Ideologie – der sogenannten Extremismustheorie. Demnach haben rechte und linke „Extremisten" die gleiche Bereitschaft, diesen Staat gewaltsam zu bekämpfen. Mit dieser Ideologie werden Neonazis und die von ihnen begangene Gewalt systematisch verharmlost. Und jene, die sich ihnen entgegenstellen, werden mit verstärkter Repression, mit Gerichtsverfahren und Urteilen wie dem Verbot eines Blockadetrainings kriminalisiert.

Um den Weg durch die Instanzen erfolgreich gehen zu können, benötigen wir Unterstützung

Solidarität! Solidaritätserklärungen von Einzelnen, von Antifa-Gruppen, Gewerkschaftsgliederungen, Parteigliederungen usw. usf., die wir dann an geeignetem Zeitpunkt der Öffentlichkeit übergeben werden, um den politischen Druck zu Gunsten demokratischer Rechte zu erhöhen. Erklärungen und Unterschriften bitte an die Adresse in der Fußzeile.

Spenden! Das Wichtigste sind Spenden, um die Gerichts-, Anwalts- und Verfahrenskosten tragen zu können. Bitte auf das Konto der VVN/BdA Aachen Nr. 15962-605 der Postbank, BLZ 500 100 60, Verwendungszweck „Blockadetraining".

Ich/wir unterstütze/n den Aufruf „Das Recht zur Blockade erkämpfen".

Name/Organisation	PLZ, Ort, Straße	E-Mail	Unterschrift

Verantw. u. Kontakt: D. Peikert, Brabantstr. 10, 52070 Aachen, E-Mail: info-ac@vvn-bda.de

Frankreich, Rechte und Rechtsextreme im beginnenden Wahlkampf (Teil 2):

Nicolas Sarkozy versucht dem Front National das Wasser abzugraben. Marine Le Pen verstärkt im Gegenzug ihre soziale Demagogie

Jedenfalls die Lacher hatte Nicolas Sarkozy in den letzten Tagen kurzfristig voll auf seiner Seite, nachdem er sein Wahlplakat für die Präsidentschaftswahlen vom 22. April und 06. Mai d.J. präsentierte. Am vergangenen Mittwoch, den 15. Februar 12 durchbrach der Amtsinhaber die durch die bürgerlichen Medien künstlich aufgespannte Spannung und erklärte im ersten Kanal des französischen Fernsehens: „Ja, ich bin Kandidat."

Das Plakat mit dem zentralen Wahlkampfslogan des Anwärters auf seine Wiederwahl wurde am selben Tag durch seine Berater veröffentlicht. Es zeigt den Präsidenten und nunmehrigen erneuten Kandidaten vor dem Hintergrund einer Wellenlandschaft. Die Aufschrift dazu lautet: La France forte, „Das starke Frankreich". Spötter begannen sich schon kurz darauf zu mokieren. Im Internet sah man vielfach das Wahlplakat Sarkozys in unzähligen Abwandlungen. Eine davon zeigte etwa im Hintergrund das gleich bleibende Meer, aber auch das Wrack des vor einem Monat vor der Insel Giglio verunglückten italienischen Dampfers Costa Concordia.

Lustig wurde es in den letzten Tagen aber erst richtig, als Fotospezialisten der Pariser Abendzeitung Le Monde mehr über die Aufnahme heraus bekamen, die dem Plakat zugrunde liegt. Zwischen den Pixeln des Fotos lassen sich nämlich Detailangaben zur Bildagentur, die das Foto zuerst publiziert hatten, zu Ort und Zeit der Aufnahme herausfiltern. Und das Meer, vor dem Sarkozy sich im Studio photographieren ließ, gehört – zu Griechenland. In diesen Tagen, während Tausende Griechen in Armut und Elend gestürzt sind und das deutsch-französische Tandem „Merkozy" in der Europäischen Union immer drängender gegenüber dem „Pleitestaat" auftritt, passt dies wie die Faust aufs Auge.

Die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen griff die Anekdote am Wochenende auf, um zu prophezeien, Frankreich werde ähnlich enden wie Griechenland, das soeben durch die EU „in die Steinzeit zurück" befördert werde. Anders als deutsche Rechte und viele deutsche Medien stellt Le Pen Griechenland stets als Opfer der supranationalen Strukturen dar, und nicht als Staat der Schuldigen, Faulen und Parasiten. Sarkozy, so tönte Marine Le Pen auf ihrem „Präsidentschaftskonvent" am Samstag und Sonntag, den 18. und 19. Februar in Lille – wo ihr Vater Jean-Marie den 1944 erschossenen antisemitischen Schriftsteller Robert Brasillach mit einem seiner Gedichtverse zitierte –, stehe der Kandidat nicht für la France forte, sondern la France morte. Also „das tote Frankreich".

„Präsidentschaftskonvent" des FN in Lille

Ansonsten setzte Marine Le Pen auf eine sich zunehmend steigernde soziale Demagogie. Sie selbst bezeichnete sich, wie bereits am Vorabend anlässlich ihrer Einladung in die Abendnachrichten von TF1 (des 1987 privatisierten, ersten Kanals des französischen Fernsehens), als „Kandidatin der Volksrevolte, des Zornes des kleinen Volkes". Wobei die französischen Begriffe le peuple und, davon als Adjektiv abgeleitet, populaire durch den deutschen Begriff „Volk" nur ungenau wiedergegeben sind. Denn der französische Begriff bezeichnet viel stärker als der deutschsprachige eine soziale Kategorie („die Leute von unten gegen die da oben"); ein quartier populaire ist nicht etwa – wie in dummdeutschen Übersetzungen bisweilen zu lesen ist – ein „volkstümliches Viertel", sondern ein Unterklassen-Stadtteil.

Sogar den linkssozialdemokratischen Kandidaten Jean-Luc Mélenchon, der auch durch die Französische kommunistische Partei (den PCF) unterstützt wird, versuchte Marine Le Pen aus diesem Anlass als Kandidatin „der sozialen Unzufriedenheit" zu übertrumpfen. So posaunte sie am Wochenende in Lille hinaus: „Monsieur Mélenchon glaubt anscheinend, es genüge, dass er einen roten Schal trägt (…), um die Arbeiterschaft und die französische Industrie zu retten. (*Anm.: Im Geiste Marine Le Pens bedeutet dies natürlich überwiegend: gegen Produktionsverlagerungen ins Ausland.*) Aber sein unvermeidbarer und voraussehbarer Aufruf dazu, (*Anm.: in der Stichwahl um die französische Präsident für den sozialdemokratischen Kandidaten*) François Hollande zu stimmen, wird ihm einen guten Platz als Totengräber des Volkes einräumen. Er wird als Minister in einer Linksregierung enden, die enden wird wie jene von Jules Moch (Anm.: Anspielung auf das Verhalten des damaligen Kabinetts gegenüber dem Bergarbeiterstreik von 1947/48), indem sie auf die Arbeiter schießen lässt, die sich weigern, ein Schicksal wie das der griechischen Werktätigen zu akzeptieren."

Rechte Demagogie vom feinsten! Natürlich gekoppelt an eine heftige Agitation gegen die supranationale Einbindung in die Europäische Union, welche – neben der Globalisierung, präsentiert als Komplott gegen die Nationen und zur Zerstörung ihrer Industrien – als Quelle allen Übels hingestellt wird. Marine Le Pen sprach in diesem Zusammenhang bei ihrem Auftritt in Lille gar von „Eurofaschismus", wobei dieser Begriff nicht etwa die Zusammenarbeit zwischen dem französischen FN und der österreichischen FPÖ (vgl. unten) oder ähnlichen Parteien bezeichnete, sondern die EU-Institutionen in Brüssel. Letztere bezeichnete sie als „Zitadelle des Finanzkapitals, Besatzungssitz der Banken und multinationalen Konzerne, ein Haus der Knechtschaft, das die Völker zermalmt und die Griechen zum Schlachthof führt – wie uns morgen."

Rechts macht Rechtsaußen Konkurrenz

Marine Le Pen muss sich anstrengen, um möglichst viel verlorenes Terrain wieder wettzumachen. Glaubt man der Mehrzahl der verfügbaren Umfragen, hat in den letzten Wochen ihr Stimmenpolster leicht abgenommen. In den meisten Vorwahlumfragen liegt Marine Le Pen derzeit eher bei 16 bis 17 Prozent (gegenüber über 20 % im Frühjahr 2011), nur eine Befragung zeigt sie derzeit noch bei zwanzig Prozent.

Eine detaillierte Meinungsstudie unter dem Titel Présidoscopie, welche am 16. Februar 12 durch die Pariser Abendzeitung Le Monde vorgestellt wurde, zeigt einen leichten Rückgang der Stimmabsichten für Marine Le Pen von zuvor 18 % auf noch 16 %. Demnach verlor sie je ein halbes Prozent an die beiden stärksten Kandidaten Nicolas Sarkozy und François Hollande, noch ein halbes Prozent zugunsten des bürgerlichen Mitte-Rechts-Oppositionspolitikers François Bayrou, und weitere 0,5 % an den Linkssozialdemokraten Jean-Luc Mélenchon. (Letztere dürften wohl eher in die, i.Ü. problematische, Kategorie „Protestwähler/innen" fallen.)

Umso heftiger und lautstärker agitiert Marine Le Pen nunmehr gegen den Amtsinhaber und erneuten Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy, als die Regierungsrechte in den letzten Wochen ideologisches Terrain vom FN zu übernehmen versuchte (vgl. auch die vorige Ausgabe der AN). Dabei setzt zumindest ein Teil des Regierungslagers offenkundig auf scharfe ideologische Polarisierung gegenüber der sozialdemokratischen Opposition – du gros rouge qui tache, wie Sarkozy es mehrfach vor Beratern formulierte, also ungefähr „mit dickem Rotstift, der (beim Schreiben) Flecken hinterlässt". Sarkozys Kalkül lautet, dass „eine Expertenkampagne etwa zu wirtschaftlichen und sozialen Themen das Publikum langweilt", und die Unterschiede zwischen dem konservativ-wirtschaftsliberalen Lager und der im Anwärterstand auf die Regierungsposition stehende Sozialdemokratie dabei „nicht

klar zu Tage träten". Diese Lehre habe er aus den beiden Fernsehdebatten zwischen Spitzenpolitikern beider Seiten, Alain Juppé und François Hollande im einen und François Fillon sowie Martine Aubry im anderen Falle, gezogen.

So setzte sich Sarkozy am vorletzten Wochenende – kurz vor der offiziellen Bestätigung seiner Kandidatur – in Szene, indem er dem konservativ-reaktionären Wochenmagazin Le Figaro Magazine ein sehr langes Interview gewährte. Es erschien am 11. Februar 12 unter dem Titel „Meine Werte für Frankreich" und kündigte erstmals offen die Absicht Sarkozy zu einer erneuten Präsidentschaftskandidatur an. Darin spricht der Präsident und Kandidat für seine Nachfolger sich unter anderem für mehr Volksabstimmungen in der nächsten Amtsperiode aus, und nennt auch gleich zwei Themen, zu denen er ein Referendum anberaumen möchte: den Umgang mit Arbeitslosen und jenen mit „illegalen" Einwanderer. Als allererstes möchte er das Wohlvolk darüber befinden lassen, ob und in welchem Ausmaß Erwerbslose noch ein Recht auf Unterstützung haben sollen, „wenn sie ein Arbeitsangebot oder eine Fortbildung ablehnen". Zwar können Arbeitslose schon bislang sanktioniert werden, falls sie solche „Angebote" ausschlagen, jedoch nicht in vergleichbar starkem Mabe wie in Deutschland oder Dänemark.

Dass eine wichtige politische Entscheidung per Referendum getroffen wird, ist zwar in Frankreich nichts gänzlich Neues: Unter der 1958 eingerichteten Fünften Republik fanden bislang neun solcher Abstimmungen statt, in der Regel zu Fragen des Staatsaufbaus, und zuletzt zur Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten (2001) sowie zum Europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005. Noch nicht dagewesen ist jedoch, dass eine Volksabstimmung anberaumt wird, bei welcher die Mehrheit über fundamentale Interessen einer mehr oder minder schutzlos gestellten Minderheit quasi zu Gericht sitzen soll. Der bürgerliche Mitte-Rechts-Oppositionspolitiker und Präsidentschaftskandidat François Bayrou antwortete denn auch auf Sarkozy, mit dessen neuesten Vorschlägen rutsche er „auf ein gefährliches Terrain". Hingegen antwortete im Namen des FN dessen Vizepräsident (und Lebensgefährte von Marine Le Pen), Louis Aliot, indem er sofort für seine Partei das Copyright auf die Idee anzumelden versuchte: Seine Partei, erklärte Aliot, habe sich schon immer für eine „Abstimmungs-Republik" eingesetzt. Nicolas Sarkozy kopiere sie nunmehr lediglich.

Rechtsaußenparlamentarier Christian Vanneste sanktioniert

Um Vorwürfen entgegen zu steuern, die regierende Rechte gebe dabei autoritären und rassistischen Strömungen zu weit nach, hat der konservativ-wirtschaftsliberale Bürgerblock nun an einem Punkt die Reißleine gezogen. Vergangene Woche wurde bei der Regierungspartei UMP ein Ausschlussverfahren gegen den, als notorischer Rechtsaußen bekannten, Abgeordneten Christian Vanneste eingeleitet. In einem am 10. Februar 12 publizierten Interview hatte Vanneste einmal mehr gegen Schwule gehetzt, was zu seinen Spezialitäten zählt, und sich dabei über „die Legende, Homosexuelle seien während des Zweiten Weltkriegs aus Frankreich deportier worden", mokiert. Tatsächlich hat es unter der Nazibesatzung in Frankreich keine mit der Situation im Reichsgebiet vergleichbaren Massendeportationen von Homosexuellen gegeben. Historiker sammelten jedoch die Namen von 62 Franzosen, die allein aufgrund ihrer Homosexualität deportiert worden waren. Vanneste hat nicht zum ersten Mal durch Sprüche über Homosexuelle – deren Liebe ihm zufolge „den Fortbestand der Menschheit gefährdet" – die Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Zur selben Zeit wollte der Parlamentarier am Donnerstag, den 16. Februar 12 am Kolloquium eines obskuren Instituts für Bevölkerungspolitik, das von dem Rechtsextremen Yves-Marie Laulan geleitet wird, teilnehmen. Auf der Rednerliste standen auch Aktivisten aus dem Umfeld des Front National (Gilbert Collard), des Bloc identitaire und anderer neofaschistischer Organisationen. Aufgrund eines Hinweisartikels in Le Monde musste Vanneste seine Beteiligung in letzter Minute annullierte – auch Collard sagte ab -, aber das Ausschlussverfahren gegen ihn bei der UMP lief bereits an. Übrigens nutzte auch der Front National die Gunst der Stunde, um sich neben Vanneste als geradezu moderat zu profilieren. Sein Vizepräsident Louis Aliot griff Vanneste für seinen letzten Ausspruch an (dieser sei unbestritten „eine Dummheit") und empfahl ihm öffentlich, „einmal Geschichtsbücher zu öffnen" und darin zu lesen. Hingegen unterstützten zwei notorische Rechtsausleger aus der Parlamentsfraktion der regierenden UMP, darunter der einschlägig bekannte Lionnel Luca aus Nizza, Vanneste gegen die Ausschlussdrohung.

„Bunt gemischtes" Unterstützerkomitee

Nämlicher Gilbert Collard ist i.Ü. auch das wohl prominenteste Mitglied des „Unterstützerkomitees" für Marine Le Pen, das offiziell am 01. Februar 12 vorgestellt wurde. Der Anwalt war früher sogar bei einer antirassistischen Organisation aktiv, dem MRAP. Er wurde dort jedoch 1990 ausgeschlossen, weil er sich bei der gerichtlichen Verteidigung eines Holocaustleugners – zwecks eigener Legitimierung – mit seinen dortigen Funktionen brüstete und zudem noch falsche Angaben darüber machte, indem er sich zu Unrecht einen Vorsitzendenposten (im Stadtverband von Marseille) andichtete. In den Jahren danach war er vor allem auf dem rechten Flügel der Bürgerlichen unterwegs gewesen und war Kommunalparlamentarier… in Vichy.

Ihm zur Seite steht eine bunte Mischung von Personen, wobei darauf Wert gelegt wurde, möglichst einen Namen aus jeder potenziell von Rassismus oder Antisemitismus betroffenen Gruppe zur Verfügung zu haben. Als willkommenes Alibi zur Abwehr von Rassismusvorwürfen, insbesondere. Als Afrikanerin gehört etwa die aus der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) stammende Rosine Nahounou dem Komitee an. Sie ist eine Unterstützerin des früheren nationalistischen Präsidenten Laurent Gbagbo, der im April 2011 durch eine militärische Intervention unter maßgeblicher Beteiligung Frankreichs gestürzt wurde. Der Front National, der in der Außenpolitik oft isolationistische Positionen einnimmt (wertvolles französisches Blut dürfe nicht „für fremde Interessen vergossen" werden), hatte die französische Rolle dabei heftig kritisiert. Und der jüdische und araberfeindliche Extremist Michel Ciardi, der eine eigene (unbedeutende) „Union jüdischer Franzosen" anführt, hat in dem Komitee unter anderem die Abwehr von Antisemitismusvorwürfen zur Aufgabe.

Marine Le Pen bei deutschsprachigen Nazigestalten unterwegs

Vor diesem Hintergrund antwortete er auf die scharfe Kritik, die Marine Le Pen in Frankreich erntete, nachdem sie am 27. Januar 12 in Wien am „WKR-Ball" rechter Burschenschaften des „Wiener Kooperations-Rings" teilgenommen hatte. Auf Einladung von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache weilte sie damals in Österreich. Auf ihrem Besuchsprogramm stand auch das Büro des äuberst umstrittenen „dritten Nationalratspräsidenten" des österreichischen Parlaments, Martin Graf. Der FPÖ-Politiker ist auch Mitglied der Burschenschaft Olympia, deren Verbindungen zu Neonazis und Holocaustleugnern durchsichtig sind. In Frankreich hagelte es deswegen Kritik an Marine Le Pen, die „zu Hause" für ein Profil der von ihr so genannten „Entdiabolisierung" – dazu gehören die Distanzierung von Antisemitismus, historischem Faschismus und Nazisympathien – steht. Die Vereinigung SOS Racisme und die Union jüdischer Studierender Frankreichs (UEJF) kritisierten solche Kontakte Le Pens in Österreich scharf. Daraufhin kündigte die FN-Politiker eine Strafanzeige wegen „Verleumdung" gegen die beiden Organisationen an. Zugleich beeilte sie sich, am 1. Februar vor Journalisten zu erklären, der Nationalsozialismus sei „ein Gräuel" gewesen. Sie „bedauere es manchmal, nicht zu jener Zeit gelebt zu haben". Wichtig war der Zusatz: Allerdings deswegen, weil sie so die Chance versäumt habe, „ihn zu bekämpfen".

Aktuelle Fortsetzung dazu im nächsten Heft...

Baden-Württemberg wird wieder Roma in den Kosovo abschieben.

Baden-Württemberg wird wieder Roma in den Kosovo abschieben. Das war die grundlegende Aussage der Landtagsabgeordneten Gabi Rolland (SPD) und Thomas Marwein (Grüne). Sie nahmen zusammen mit Kenan Emini vom Roma-Netzwerk „Alle bleiben“ an der Podiumsdiskussion teil, die am 10. Februar gemeinsam vom Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung, dem Roma-Büro, Ushten Romalen und Aktion Bleiberecht an der Universität Freiburg veranstaltet wurde. Im gut gefüllten Hörsaal verfolgten u.a. auch zahlreiche Bewohner von Freiburger Flüchtlingswohnheimen die Diskussion um ihr eigenes zukünftiges Schicksal.

Die beiden Abgeordneten gehören dem Petitionsausschuss des Landtags an und waren in dieser Funktion im Januar mit einer Delegation in den Kosovo gereist, um die Lebensbedingungen der so genannten Roma-Minderheiten dort zu ergründen. Im August 2011 hatte Innenminister Gall die vorläufige Aussetzung der Abschiebungen dieser Minderheiten in den Kosovo verkündet. Von der Empfehlung der Delegation an den Petitionsausschuss wird maßgeblich abhängen, ob die baden-württembergische Landesregierung weiterhin auf Abschiebungen verzichtet. Diese Empfehlung, die am Tag der Podiumsdiskussion gerade erst ausgearbeitet worden war, ist jedoch kein Anlass zur Erleichterung: Die Delegation sei auf ihrer Reise zu dem Schluss gekommen, so Rolland, dass es keine politische Diskriminierung von Roma-Minderheiten gebe und damit auch keinen Grund für einen generellen Abschiebestopp.

Ausnahmen wurden sofort eingeräumt, aber nicht als relevant abgetan. Die sozioökonomische Diskriminie der Roma hingegen konnte zwar von keiner Seite geleugnet werden; sie begründet aus Sicht der Delegation lediglich eine Ausweitung bestehender Regelungen, so die Ausweitung der Petitionsregelung und der Härtefallregelung, eine größere Ausnutzung von Ermessensspielräumen der Ausländerbehörden und der geltenden Gesetze. Insgesamt scheint sich die Landesregierung mit einem Ausweichen auf Einzelfallregelungen aus der Verantwortung stehlen zu wollen, dauergeduldeten Menschen einforderbare Rechte zu verleihen. So soll auf Kinder und Kranke besondere Rücksicht genommen werden. Konkret sollen Familien mit Kindern vor Ende der Schulausbildung nicht abgeschoben werden. Auch ein regelmäßiger Abschiebestopp im Winter wurde in Aussicht gestellt. Auch sprachen die Delegierten lieber von („freiwilligen“) Rückführungen als von Abschiebung.

Die Abgeordneten beriefen sich mehrfach darauf, dass der baden-württembergischen Regierung angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat die Hände gebunden seien. Beispielsweise habe Landesinnenminister Gall soeben eine neue Bundesratsinitiative für eine verbesserte Bleiberechtsregelung angekündigt. Deren Durchsetzung hänge aber auch von den Stimmen aus den anderen Bundesländern ab. Immerhin soll die bisherige Bleiberechtsregelung auf Landesebene um zwei Jahre verlängert werden, d.h. Flüchtlinge haben weiterhin die Möglichkeit, nach langjähriger Duldung und der gleichzeitigen Erfüllung anspruchsvoller Kriterien einen dauerhaften Aufenthaltstitel zu erwerben. Einen generellen Abschiebestopp in den Kosovo, der an eine Aufkündigung des Rückführungsabkommens der Bundesrepublik mit dem Kosovo gebunden wäre, wollte Rolland nicht einmal im Falle einer künftigen rot-grünen Bundesregierung versprechen, obwohl beide ihre persönliche Sympathie für eine solche Entwicklung bekundeten.

Die Sichtweise der Delegationsreisenden wurde mit der Perspektive von „Alle bleiben“ konfrontiert. Diese Gruppe aus Göttingen hatte sich zur gleichen Zeit im Kosovo aufgehalten, um dort die Lage zu dokumentieren. Zu Beginn der Veranstaltung zeigte der Vertreter Emini von „Alle bleiben“ auch anhand von Videomaterial von ihrer Reise im Januar auf, dass eine Vielzahl der aus Deutschland in den Kosovo zurückgekehrten Familien unter beengten und geradezu gesundheitsgefährdenden Bedingungen zu leben gezwungen sind. Ein geplantes Treffen der beiden Reisegruppen war von der Landtagsdelegation kurzfristig abgesagt worden.

Letzterer wurde nicht nur aus diesem Grund bei der Podiumsdiskussion von Emini wie auch aus dem Publikum vorgeworfen, sie sei der harten Realität des Lebens der Roma im Kosovo ausgewichen. Die Einzelfallregelungen wurden als unzureichend und die Willensbekundungen als zu vage empfunden, so der Tenor vieler Wortmeldungen.

Der Anspruch, Abschiebungen „human“ zu gestalten, wurde als paradox aufgenommen. Gefordert wurden stattdessen von den Zuhörerinnen und Zuhörern eine couragierte Politik, in der Baden-Württemberg mit einem klaren Bekenntnis gegen Abschiebungen auch gegenüber anderen Länderregierungen den Anstoß für einen grundlegenden Wandel der bundesdeutschen Migrationspolitik zugunsten von Flüchtlingen geben solle.

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung
freiburger.forum@aktionbleiberecht.de ■

Immer weniger Flüchtlinge in Deutschland

Berlin. „Die Klagen aus dem Innenministerium über gestiegene Asylbewerberzahlen sind als reine Stimmungsmache gegen eine großzügigere Asylpolitik zu bewerten“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Tatsache, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge kontinuierlich zurückgeht, wie Zahlen der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE belegen. Ulla Jelpke weiter:

„Der Rückgang der Zahlen betrifft Asylsuchende, Geduldete und anerkannte Flüchtlinge gleichermaßen. Lebten Ende 1997 noch über eine Million Asylsuchende und Flüchtlinge in Deutschland, waren es Ende 2011 nur noch weniger als 400 000. Davon hatten 140 000 Asyl- oder Flüchtlingsstatus, 109 000 hatten ein Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen. 87 000 lebten als Geduldete und 47 000 als Asylsuchende mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland. Trotz gestiegener Asylantragszahlen sank die Zahl der hier lebenden Flüchtlinge auch im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr. Die Gründe sind vielfältig: auch anerkannte Flüchtlinge verlassen Deutschland wieder, wenn sich die Lage in ihrem Herkunftsland geändert hat, andere gelten nach einer Einbürgerung als deutsche Staatsangehörige und werden zu Recht nicht mehr als Flüchtlinge erfasst.

Dieser zahlenmäßigen Entwicklung steht eine extrem restriktive Asylpolitik Deutschlands auf nationaler und europäischer Ebene gegenüber. Deutschland wehrt sich gegen Verbesserungsvorschläge der EU-Kommission zum Asylsystem und gegen eine bessere Lastenteilung bei der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen innerhalb der EU. Während Länder wie Griechenland völlig überlastet sind, verweist die Bundesregierung auf hohe Asylantragszahlen in den 90er Jahren. Diese von plumpem Populismus getriebene Politik ist schäbig, inhuman und verantwortungslos.“

Berlin, den 08. Februar 2012

Die vorläufige Fassung der Antwort ist für einen upload auf die Internetpräsenz leider zu groß, kann aber gern per mail an ulla.jelpke@bundestag.de angefordert werden.

Ulla Jelpke, www.ulla-jelpke.de ■

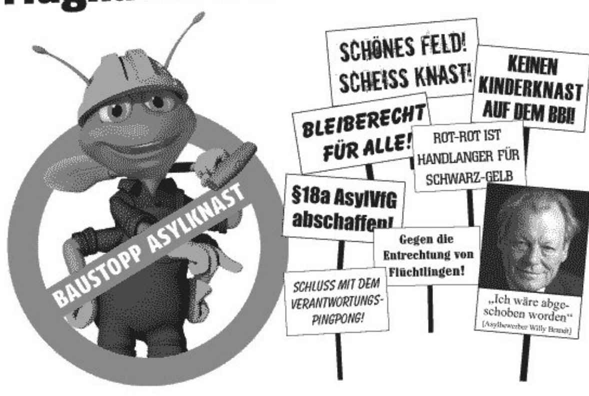
Keine Asylhaft auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld!

DEMONSTRATION in Potsdam am 22.2. – 16.00 Uhr

Das Flughafenasylverfahren und die Inhaftierung von Flüchtlingen auf Flughäfen ist eine von vielen Schikanen einer

→

Keine Asylhaft auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld!



Info 20.02.2012 Potsdam: 19 Uhr im KuZe | Neukölln: 19 Uhr im Tristeza

Mi, 22.02. Antira-Demo

16 Uhr Potsdam-Hauptbahnhof zum Brandenburger Landtag

menschenverachtenden Abwehrpolitik gegen Asylsuchende in Deutschland. Trotz anhaltender Kritik am Flughafenverfahren hält die deutsche Politik an diesem unfairen, überhasteten Verfahren fest und plant nun auch den Bau eines Asylgefängnisses auf dem neuen Großflughafen Berlin-Brandenburg.

Mit dem Flughafenverfahren werden normale Asylverfahrensstandards außer Kraft gesetzt. Flüchtlinge, die auf dem Luftwege einreisen, müssen noch im Flughafen in eine Anhörung, um ihre Asylgründe vorzutragen. Zeit und Möglichkeiten Anwält_innen zu kontaktieren gibt es häufig nicht. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidet innerhalb von zwei Tagen über die Anträge, bei einer negativen Entscheidung bleiben nur drei Tage Zeit Klage einzulegen. Wenn eine Abschiebung nicht sofort möglich ist, können Asylsuchende bis zu 30 Tage ohne einen richterlichen Beschluss festgehalten werden. Das Verfahren ist „hastig, unfair und mangelhaft“ wie ProAsyl in einem ausführlichen Bericht darlegt und auch der UNHCR befand.

Die Brandenburger Landesregierung lehnt das Flughafenverfahren zwar ab, aber weist die politische Verantwortung dafür weit von sich: Sie sei zur Umsetzung von Bundesrecht gezwungen.

Für die Bundesregierung wiederum ist der Bau einer Einrichtung zur Durchführung des Flughafenverfahrens am neuen Flughafen Berlin Brandenburg sehr wichtig, weil sie damit ihre Verhandlungsposition auf EU-Ebene zur Durchsetzung ihrer restriktiven Flüchtlingsabwehrpolitik gestärkt sieht.

In der EU-Kommission wird nämlich zur Zeit die Aufnahmerichtlinie überarbeitet.

In Artikel 8 der aktuellen Änderungsvorschläge wird der Grundsatz formuliert, dass eine Person nicht deshalb in Gewahrsam genommen werden darf, weil sie internationalen Schutz beantragt hat. Dabei sind zwar Ausnahmen vorgesehen, aber die beiden Fälle, in denen das Flughafenverfahren angewendet wird, nämlich Einreise aus einem sicheren Drittstaat und Einreise ohne gültige Papiere, sind nicht dabei. Alle, die ohne gültige Papiere einreisen zu inhaftieren und ihnen ein normales Asylverfahren vorzuenthalten, wird – sollten die Vorschläge der EU-Kommission durchkommen – eu-rechtswidrig sein. Deshalb will die Bundesregierung mit der neuen „Gewahrsamseinrichtung“ in der europäischen Debatte um das Asylrecht Fakten schaffen, die ihre Verhandlungsposition zur Beibehaltung des Flughafenverfahrens stärken.

Das nimmt die rot-rote Landesregierung Brandenburgs einfach hin. Damit trägt sie zur von der Bundesregierung gewünschten eu-rechtlichen Legitimierung der Inhaftierung von Flüchtlingen an allen EU-Außengrenzen bei.

Auf der einen Seite gibt die Landesregierung von SPD und LINKE laut Koalitionsvertrag vor, eine „solidarische Gesellschaft des Miteinander in einem weltoffenen Land“ gestalten zu wollen, auf der anderen Seite trägt sie den äußerst kostenintensiven Bau eines Asylgefängnisses in Schönefeld mit. Es ist skandalös, dass sie indessen, wie in der Landtagsdebatte am 25.1.2012 zum Thema „Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften“ beklagt, dass die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingung von Flüchtlingen in Brandenburg zu kostspielig sei.

Wir fordern die Abgeordneten des Landtags Brandenburg auf nicht zuzulassen, dass die Brandenburger Landesregierung sich zum Handlanger einer Politik der Abschottung und Flüchtlingsabwehr macht. Wir fordern die Landesregierung Brandenburgs auf, die Kooperation in Bezug auf den Bau und Betrieb der Haftanstalt zu verweigern und sich für die bundesweite Abschaffung des Flughafenasylverfahrens einzusetzen.

Kommt am 22. Februar 2012 um 16 Uhr zum Hauptbahnhof Potsdam, um von dort aus zum Landtag Brandenburg zu laufen und gegen das verantwortungslose Handeln der Landesregierung zu demonstrieren.

Bündnis gg Lager Berlin/Brandenburg
http://bglbb.blogsport.de/
buendnis_gegen_lager@riseup.net ■

Demonstration: 7. Jahrestag der Abschiebung von Gazale Salame

Prominente appellieren an den MP

HILDESHEIM. Wie in den vergangenen Jahren haben in Hildesheim aus Anlass des 7. Jahrestages der Abschiebung von Gazale Salame wieder rund 150 Menschen für die Rückkehr von Gazale Salame mit ihren Kindern Schams und Gazi zu ihrer Familie nach Deutschland demonstriert.

Die Demonstration stand unter dem Motto: Unser Grundgesetz schützt alle Familien! Holt Gazale und ihre Kinder endlich zurück nach Hildesheim!

Die Redner und Rednerinnen thematisierten vor allem die massive Verletzung der Kinderrechte durch das behördliche Vorgehen und forderten das Land Niedersachsen und den Landkreis Hildesheim auf, endlich eine Lösung herbeizuführen. Für die Kirchen sprachen Superintendent Helmut Aßmann und Stadtdechant Wolfgang Voges, für die Flüchtlingsbewegung hielt Heiko Kauffmann vom Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL eine Rede. Dr. Hans Jürgen Marcus vertrat als Diözesan-Caritasdirektor und Mitglied der Härtefallkommission die Wohlfahrtsverbände.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 11.02.2012 ■

AirBerlin Sammelabschiebung am 14.2.2012

Nachdem bereits am 07.02.2012 mehrere Flüchtlinge vom Düsseldorfer Flughafen aus in Richtung Kosovo abgeschoben wurden und ca. 100 Menschen dagegen demonstrierten, kam es heute, den 14.02.2012, zu einer erneuten Sammelabschiebung innerhalb von 7 Tagen. Ziel des heutigen Fluges war Belgrad, Serbien. Organisiert wurden beide Flüge von Frontex in Zusammenarbeit mit der Billigfluglinie Air Berlin.

Gebucht für den Flug heute waren ca. 80 Personen, der Großteil Roma. Anders als in der letzten Woche waren für diesen Flug auch mehr als 25 Kinder und Jugendliche „gebucht“, wie es immer heißt. Wie viele Menschen letztendlich wirklich in der Maschine saßen ist noch unklar. Gegen diese unmenschliche Abschiebepraxis demonstrierten heute, genau wie in der vergangenen Woche, ca. 100 Menschen am Düsseldorfer Flughafen. Am frühen Morgen gelang es kurzzeitig die Zufahrt zum Tor, über das die Flüchtlinge der Maschine zugeführt wurden, zu blo-

ckieren. Allerdings hat die Polizei relativ schnell mit Hilfe eines Kessels einen nötigen Zugang zum Tor und somit zum Rollfeld geschaffen.

Später setzte sich dann ein Demonstrationszug in Richtung Flughafen in Bewegung. In ständiger Begleitung mehr oder weniger gut gelaunter Polizisten erreichte die Demonstration das Ablugterminal und stattete hier den Abfertigungsschaltern von AirBerlin einen Besuch ab. Vor den Schaltern der Billigflugairline AirBerlin wurden verschiedene Redebeiträge gehalten. Anschließend setzte sich die Demonstration wieder in Bewegung und ging durch das gesamte Terminal um auch die anderen Fluggäste über die gerade stattfindende Abschiebung und die Beteiligung von Air Berlin daran zu informieren.



Düsseldorf

Über die Fluglinie, die sich an dem Leid der Menschen bereichert, soll in Zukunft massiv informiert werden: AirBerlin arbeitet Hand in Hand zusammen mit Frontex und ist mitverantwortlich dafür, dass Familien auseinandergerissen werden, Menschen zwangsweise in eine ungewisse Zukunft geschickt werden. AirBerlin verdient daran, dass Menschen gewaltsam verschleppt werden, tut aber alles dafür dass diese Geschäfte nicht öffentlich werden. Dies werden wir nicht weiter hinnehmen. Der Blog http://airberlinschiebtab.blogsport.de soll ein erster Schritt sein die Geschäfte von AirBerlin in den Blick einer breiten Öffentlichkeit zu ziehen.

Inspiriert von den Protesten gegen die Sponsoren der Fußball-EM in der Ukraine und Polen hatten wir die Idee, diese Form des Protests auch im Fall AirBerlin anzuwenden. Daher rufen wir an dieser Stelle dazu auf die, Facebook-Seite von AirBerlin zu besuchen. Nutzt die Möglichkeit dort über Kommentare über die dunklen Geschäfte der Fluglinie zu informieren. Es kann auch nicht schaden, dieses in stetiger Regelmäßigkeit zu wiederholen. Die jetzige Form unseres Blogs soll als Startschuss verstanden werden und nicht als ein Endprodukt langwieriger Planungen. Wir freuen uns sehr auf eure Ideen und Beiträge und werden diese sehr gerne mit aufnehmen.

http://airberlinschie0btab.blogsport.de/

Am 31. März 2012 soll die nächste Sammelabschiebung vom Düsseldorfer Flughafen stattfinden, dieses Mal nach Mazedonien. Flüchtlingsinitiativen mobilisieren schon heute für diesen Tag – und auch wir bereiten uns jetzt schonmal drauf vor. Wir sehen es da genauso wie die Jungs und Mädels bei Fortuna Düsseldorf:



Derweil kündigte AirBerlin offiziell auf seiner Facebook-Seite an, dass man sich die Pinnwand nicht vollschreiben lässt. Diese sei „keine Plattform für politische Diskussionen" und „Beiträge, die falsche Tatsachen behaupten, beleidigend oder diskriminierend sind oder eine politische Diskussion anstoßen wollen" würden umgehend gelöscht werden. Wie schwer es AirBerlin wirklich fällt gegen unliebsame Meinungsäußerungen über diese menschenfeindlichen Verbrechen vorzugehen, zeigte bereits der heutige Nachmittag, bei dem das Webteam über Stunden nicht hinterher kam, im Sekundentakt veröffentlichte Beiträge auf der Facebook-Pinnwand zu löschen. Die Erfahrung zeigt also wie erfolgreich und praktikabel es ist, sich online in Kleingruppen abzusprechen um dann zeitgleich miteinander auf die Abschiebungen aufmerksam zu machen.

Falls ihr nicht bei Facebook seid könnt ihr AirBerlin selbstverständlich auch persönlich mitteilen, was ihr vom schmutzigen Geschäft mit den Abschiebungen haltet:
Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG
Saatwinkler Damm 42-43
D-13627 Berlin
Telefon: 0049 (0)30 3434 1500
Telefax: 0049 (0)30 3434 1509
Falls da keiner dran geht, für „Journalistenanfragen" stehen auch folgende Nummern zur Verfügung:
Telefon: 0049 (0)30 3434 1525
Telefax: 0049 (0)30 3434 1529

Wohnungen für alle

Demonstration für die Schließung der Flüchtlingsheime am Samstag, 17. März 2012, 14:00 Uhr Velbert

Seit mehreren Wochen arbeiten wir, die BewohnerInnen des Flüchtlingsheims Talstraße, mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen daran, den Druck auf die Stadt Velbert zu verschärfen, damit es endlich zu spürbaren Verbesserungen der katastrophalen Lebensbedingungen kommt. Unsere Forderung nach einer dezentralen Unterbringung in eigene Wohnungen ist mit verschiedenen Aktionen in den Mittelpunkt der lokalen Presseberichterstattung gerückt.

Auch die überregionale Presse berichtete über die schlimmen Verhältnisse unseres Flüchtlingsheimes sowie die Verweigerung der Stadt Velbert, die „Schimmelhölle" – wie SAT1 das Flüchtlingsheim nannte – zu schließen.

Nun zeigt der aufgebaute Druck erste Folgen: Immer mehr Mitglieder des Stadtrates in Velbert signalisieren ihre Zustimmung zu unserer zentralen Forderung nach dezentraler Unterbringung. Am 27.03.2012 wird im Rat über einen Antrag debattiert, der die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in eigenen Wohnungen zum Inhalt hat. Daher organisieren wir gemeinsam mit vielen anderen Gruppen eine Demonstration, um unsere Forderung nochmals Nachdruck zu verleihen:

Wir wollen, dass das Heim geschlossen wird, und wir wollen in normalen Wohnungen leben.

Treffpunkt ist um 14:00 Uhr vor dem Flüchtlingsheim Talstraße in Velbert.

Mit dieser erneuten Demonstration möchten wir gemeinsam mit Unterstützerinnen und Unterstützern die Velberter Öffentlichkeit über die geplante Abstimmung im Rat am 27.03.2012 informieren und gleichzeitig die Mitglieder des Rates erneut an ihre Verantwortung erinnern, für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Am 27.03.2012 haben die Abgeordneten die Möglichkeit dieser Verantwortung nachzukommen.

Alle unterstützenden Personen und Gruppen sind organisiert im „Bündnis Talstraße – Wohnungen für alle"

http://talstrasse.blogsport.de

Ein Film über das Flüchtlingsheim in Velbert, Nordrhein Westfalen von „Mehrandokht Feizi" (ca 40 Minuten-BRD 2011) lässt sich hier anschauen: http://vimeo.com/36972475



Die extreme Rechte in Duisburg



Ein Reader der „Antifaschistischen Koordination Duisburg" über die extreme Rechte in Duisburg, in dem Strukturen, Aktivitäten und Entwicklungen des Jahres 2011 dargestellt werden.

Nachdem wir im letzten Jahr eine kontinuierliche Recherche zu den Strukturen der extremen Rechten in Duisburg ins Leben gerufen haben, melden wir uns nun mit einem zweiten Jahresbericht zurück. Während sich bei den Strukturen der Neonazis so einiges geändert hat, ist die Einstellung der Polizei gleich geblieben. So leugnet der Polizeisprecher Ramon van der Maat weiterhin die Existenz einer Neonaziszene in Duisburg. Das Jugendamt versucht währenddessen mit abstrusen Vergleichen – neonazistische Neigungen bei Jugendlichen seien genauso harmlos wie Kiffen oder Stehlen – ihre mangelhafte Kenntnis zu kaschieren. Unschöne Parallelen zu dieser Verharmlosung finden sich in den 1990ern in Jena, wo sich auch das Trio des NSU vor dem Untertauchen radikalisierte. Diesen Umgang der offiziellen Stellen betrachten wir als sehr kritisch, die permanente Ignoranz und Verharmlosung führt dazu, dass sich Neonazis in Sicherheit wiegen und sich weiter etablieren, so wie z.B. in Dortmund. Deshalb sehen wir eine unabhängige Recherche- und Aufklärungsarbeit in Duisburg als sehr wichtig und leider weiterhin notwendig an. Wir wollen Duisburger_innen für dieses Thema sensibilisieren und darüber informieren, dass es neben den klassischen Neonazis auch weitere, nicht minder gefährliche, extrem rechte Gruppierungen gibt.

In dem vorliegenden Jahresbericht zu den Strukturen, Aktivitäten und Entwicklungen der extremen Rechten Duisburgs berichten wir, wie schon im letzten Jahr, über „Freie Kameradschaften", Parteien und weitere extrem rechte Zusammenhänge Duisburgs in der gewaltbereiten Fußballszene. Zudem haben wir die „Grauen Wölfe", welche wir aufgrund ihrer ideologischen Nähe zu „deutschen" Nazis, ebenso als extreme Rechte betrachten, als neue Kategorie mit aufgenommen. Des weiteren dokumentieren wir Ereignisse und die dazugehörigen Personen, die nicht (eindeutig) den o.g. Gruppierungen zugeordnet werden können, aber dennoch eine Rolle bei den Aktivitäten der extremen Rechten spielen.

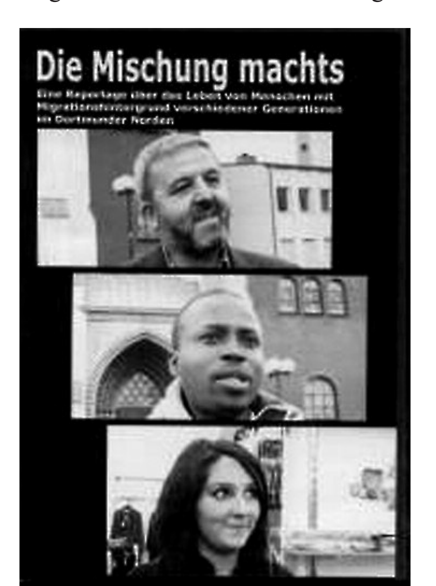
Der vollständige Jahresbericht kann als pdf-Datei (5,95MB) heruntergeladen werden (https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/data/2012/02/6344679754.pdf).

Film des Monats:

Die Mischung machts

Eine Reportage über das Leben von Menschen mit Migrationshintergrund verschiedener Generationen im Dortmunder Norden

Im Dortmunder Norden, einem kulturell gemischten Stadtteil, wurden Menschen mit Migrationshintergrund aus drei Generationen nach ihren Lebens- und Arbeitserfahrungen befragt. Die Interviews zeigen ein buntes Bild ihres Alltags und Perspektiven: von ihrem Verwurzeltsein im Stadtteil, von realen Konflikten und der Chance, die in der Vielfalt liegt.



Der Kurzfilm wurde auf der Tagung „Vielfalt und Toleranz in der Ausbildung – Auszubildende und Ausbilder erarbeiten gemeinsam Bausteine interkulturellen Lernens" am 7. und 8. Dezember 2007 in Dortmund produziert.

Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hrsg.)

Dortmund 2007 Kurzfilm (10 Minuten) DVD Der

Film kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden: www.migration-online.de/medienverleih

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Februar 2012" 13.02.2012



Juristischer Erfolg für die Initiative „Pogrom 91“

von Jens Thöricht



Mit einer Demonstration erinnerten am 17. September 2011 etwa 300 Menschen an den Beginn der rassistischen Pogrome im September 1991 in Hoyerswerda. Während der rassistischen Krawalle vor genau 20 Jahren waren in der nordostsächsischen Stadt insgesamt 32 Menschen verletzt worden. Die die Initiative „Pogrom 91“ stellt eine klare Forderung, mit welcher dem bisherigen Verdrängen und Vergessen der Ereignisse vom September 1991 nachhaltig entgegengewirkt werden soll: ein Denkmal zur Erinnerung an das rassistische Pogrom. (1)

Bereits im Vorfeld der Demonstration versuchte die Versammlungsbehörde die Demonstration massiv einzuschränken. So wurde ein Auflagenbescheid erlassen, in dem eine andere Route als die angemeldete vorgegeben war. Dafür wurde der 17. September 2011 zum „Tag der Heimat“ erklärt, einer jährlichen Veranstaltung des revanchistischen „Bundes der Vertriebenen“ (BdV). Diese Veranstaltung sollte in der „Lausitz Halle“ in Hoyerswerda stattfinden, welche sich auf dem Lausitzer Platz befindet. Laut der Versammlungsbehörde sollte daher die Demonstration nicht am Lausitzer Platz in Hoyerswerda vorbeilaufen.

Weiterhin wurde beauflagt, dass „Transparente/Spruchbänder grundsätzlich in Bewegungsrichtung mitzuführen sind“, dass also keine Seitentransparente erlaubt sind. Als dritte absurde Auflage beinhaltete der Auflagenbescheid vom 15. September 2011, der also nur zwei Tage vor der Demonstration dem Anmelder vorlag: „Der Versammlungsleiter ist dafür verantwortlich, dass die Teilnehmer vor Beendigung der Versammlung aufgefordert werden, den Zielort dergestalt zu verlassen, dass keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben ist; etwaige Anschlussaktionen im Versammlungsbereich sind zu unterbinden.“

Gegen diesen Auflagenbescheid legte der Anmelder Widerspruch ein und stellte beim Verwaltungsgericht (VG) Dresden den Antrag auf Widerherstellung der aufschiebenden Wirkung. Die letztgenannte Auflage wurde zurückgenommen für die beiden anderen Auflagen stellte das Gericht aufschiebende Wirkung her und verfügte selbst Auflagen. Diese waren im Sinne der Veranstaltenden Initiative „Pogrom 91“. Somit musste die Versammlungsbehörde des Landkreises Bautzen die erste Niederlage vor Gericht einstecken und natürlich die Kosten übernehmen. „Die 700 Euro Prozesskosten wären eine tolle Anfangsspende für das geforderte Mahnmal an die rassistischen Pogrome gewesen“, so der Anmelder Jens Thöricht. (2)
Nach der Demonstration wurde die Bautzener Versammlungsbehörde um Mitteilung gebeten, ob sie zukünftig von der Rechtmäßigkeit der durch das VG Dresden verfügten Auflagen ausgehen, dass sie also zukünftig auf ihre sinnfreien Auflagen verzichtet.

Da darauf keine Reaktion erfolgte, wurde vom Anmelder eine Fortsetzungsfeststellungsklage vor dem VG Dresden eingereicht. Eine deutliche Distanzierung von den erlassenen Auflagen erfolgte seitens der Versammlungsbehörde nicht, so dass der Kläger bei künftigen Demonstrationen / Kundgebung erneut mit dem Erlass derartiger Auflagen rechnen muss.

Kurz vor dem anstehenden Gerichtsverfahren *Anmelder Jens Thöricht gegen den Landkreis Bautzen* teilte nun der von Thöricht beauftragte Fachanwalte mit, dass er ein Schreiben erhalte habe mit dem Inhalt: „… erkennt der Klagegegner den geltend gemachten Klageanspruch an und erklärt die Kostenübernahme“. Scheinbar möchte sich der Landkreis Bautzen nicht vor dem VG Dresden blamieren und hat deshalb etwas Vernunft gezeigt. Spät aber immerhin. Nun muss der Landkreis Bautzen erneut die Verfahrenskosten tragen. Thöricht erinnert an seine Aussage nach der ersten Gerichtsentscheidung, dass die Prozesskosten doch eine tolle Anfangsmalspende für das geforderte Mahnmal an die rassistischen Pogrome gewesen wäre. Wünschenswert wäre es, wenn der Landkreis Bautzen und die Stadt Hoyerswerda weiter auf dem Wege der Vernunft schreiten und endlich der berechtigten Forderung nachkommen.

Quellen:
(1) http://pogrom91.tumblr.com/about
(2) http://www.addn.me/antifa/demonstration-in-hoyerswerda-zur-erinnerung-an-die-rassistischen-pogrome-vor-20-jahren/